

STICHWORT

BAYER

Die anderen Informationen
zu einem multinationalen
Chemiekonzern

Mit Beilage
BIG
Business
Crime

Glyphosat-Stopp
statt
Arbeitsplatzvernichtung!
Für Umweltschutz und
sichere Arbeitsplätze!

CBG

BAYER-Hauptversammlung

Kritik in Wort und Tat

Weitere Themen:

Die OECD-Beschwerde

BAYERs Blutskanal

BAYERs Brot und Spiele

IN ERINNERUNG BLEIBEN



TESTAMENT UND VERMÄCHTNIS

Erbschaften und Vermächtnisse eröffnen weit in die Zukunft reichende Möglichkeiten und entfalten ihre Wirkung für kommende Generationen.

Wenn auch Ihnen eine Welt ohne Ausbeutung und Profitjagd am Herzen liegt, wenn Sie meinen, dass Willkür und Machtmissbrauch der großen Konzerne eingedämmt und beendet werden müssen, dann kommt für Sie vielleicht ein Vermächtnis oder ein Testament zur langfristigen Förderung unserer konzernkritischen Arbeit in Frage.

Fordern Sie unverbindlich und kostenfrei unseren leicht verständlichen Leitfaden zu allen Fragen des Nachlasses im Todesfall an.

JETZT INFORMATIONEN ANFORDERN!

Bitte deutlich schreiben:

<input type="text"/>	<input type="text"/>
----------------------	----------------------

Name, Vorname

Alter

Straße, Nummer

PLZ, Ort

E-Mail

Telefon

Datum, Unterschrift

**Coordination gegen
BAYER-Gefahren (CBG)**

Postfach 15 04 18
D-40081 Düsseldorf
Deutschland

info2@CBGnetwork.org

www.CBGnetwork.org



Der BAYER-Konzern ändert mal wieder seine Strategie. Siehe S. 6 ff.

Inhalt

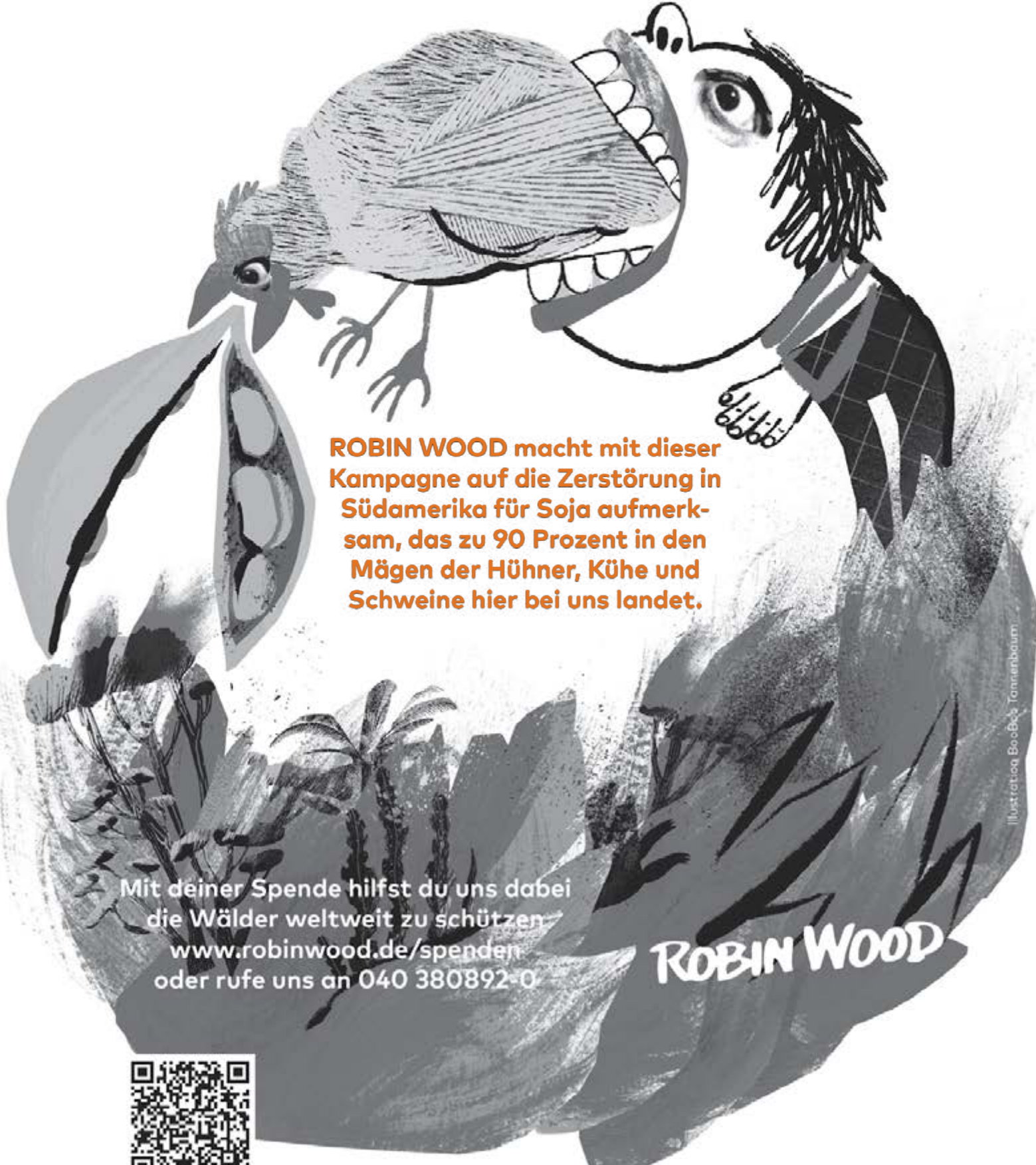
- 6 Der Alonso-Effekt**
Mit Fußball aus der Defensive?
- 8 Die unendliche Geschichte**
Der Blutskandal holt BAYER wieder ein
- 12 Brüssel lässt BAYER warten**
Gentech-Deregulierung verzögert sich
- 16 Die OECD-Beschwerde**
Sechs Initiativen vs. BAYER
- 20 Kritik auf allen Kanälen**
BAYER-Hauptversammlung #1
- 24 18 Gegenreden**
BAYER-Hauptversammlung #2

- 34 Die Abstimmung**
BAYER-Hauptversammlung #3

Rubriken

- 5 Editorial**
Impressum
- 7 Promis gegen Profit, Au weia**
- 30 O-Ton BAYER**
SWB vor 40 Jahren
- 31 CBG bei der Arbeit**
- 32 ff. HV-Echo**

SOJA GRILLT ZUKUNFT

A stylized illustration in black and white. A man's face is shown in profile, but his head is replaced by a large bird's head with a wide, toothy beak. The man has a mustache and is wearing a dark jacket. To the left, a large soybean pod is shown, with three beans inside. The background features a dark, textured area with some foliage.

ROBIN WOOD macht mit dieser
Kampagne auf die Zerstörung in
Südamerika für Soja aufmerk-
sam, das zu 90 Prozent in den
Mägen der Hühner, Kühe und
Schweine hier bei uns landet.

Mit deiner Spende hilfst du uns dabei
die Wälder weltweit zu schützen
www.robinwood.de/spenden
oder rufe uns an 040 380892-0

ROBIN WOOD



Impressum



Stichwort BAYER -
Die anderen Informationen
zu einem multinationalen Chemiekonzern

42. Jahrgang
Postvertriebsstück G 10848
Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf,
Fon: (0211) 333911, Fax: (0211) 333940

Herausgeberin und Vertrieb:
COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN e. V. (CBG e. V.)
Für mehr Umweltschutz und sichere Arbeitsplätze
bei BAYER - weltweit.
Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf.
Email: info@CBGnetwork.org
Internet: www.CBGnetwork.org
facebook: Coordination BAYER-Gefahren

Wir bitten um Zusendung von Leser*innen-, Protest- und
Bestellbriefen.

Die CBG ist ein internationales Selbsthilfe-Netzwerk, das vom multinationalen BAYER-Konzern Betroffene und an diesem Konzern Interessierte zusammenschließt und die Tätigkeit dieses Multis kritisch begleitet. Ziel der Arbeit ist es, die von BAYER ausgehenden Gefahren für Mensch, Tier und Umwelt bekanntzumachen, einzudämmen und möglichst ganz abzustellen. Konzernkritik braucht Unterstützung. Stichwort BAYER braucht Abonent*innen. Nutzen Sie den Coupon der Abo-Anzeige in diesem Heft und abonnieren Sie. Oder - noch besser! - werden Sie (Förder-)Mitglied unseres Netzwerkes. Im Rahmen einer (Förder-)Mitgliedschaft erhalten Sie Stichwort BAYER automatisch ohne weitere Kosten. Je ein Exemplar von Stichwort BAYER wird dem Vorstand des BAYER-Konzernes, Kaiser-Wilhelm-Allee, 51373 Leverkusen, übersandt. Leser*innen haben somit die Möglichkeit, die Konzernleitung zu bitten, zu bestimmen, in Stichwort BAYER behandelten Themen, Stellung zu beziehen.

Redaktion: V.i.S.d.P. Jan Pehrke (jp).
CvD: Axel Köhler-Schnura (aks), Max Meurer (mm).

Verlag: Eigenverlag

Vertrieb: CBG

Layout: Ulrich Volkenannt

Druck: Mediengruppe Neuer Weg GmbH

Bankverbindung: EthikBank
IBAN DE94 8309 4495 0003 1999 91
BIC GENODEF1ETK

Anzeigen: Es gilt die Anzeigenpreisliste vom Juli 2018
(1/1 S. sw 1.400,- Euro, zzgl. MWSt.)

Stichwort BAYER erscheint in 4 Ausgaben pro Jahr jeweils
zum Anfang des Quartals.

Der Nachdruck von Artikeln aus Stichwort BAYER ist ausdrücklich erwünscht. Honorar nach Vereinbarung. Datei bitte unter 0211/33 39 11 anfordern. Bitte Quelle angeben und zwei Belegexemplare übersenden. Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Bilder und Fotografien wird keine Haftung übernommen. Rechtlich geschützte Warenzeichen werden in Stichwort BAYER ohne gesonderten Hinweis genannt. Daraus ist nicht auf die freie Verwendbarkeit der Markennamen zu schließen.

Auszeichnungen:

Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN e. V. erhielt 1999 den Preis des Kirchlichen Entwicklungsdienstes Oberhausen, zudem 1998 und 1990 den Preis von Business Crime Control. Darüber hinaus wurde Vorstandsmitglied Axel Köhler-Schnura im Jahr 2000 mit dem „Preis für Zivilcourage“ und 2011 mit dem „Henry-Matthews-Preis“ geehrt.

Beirat:

Dr. Erika Abczynski / Kinderärztin / Dormagen,
Hiltrud Breyer / ehem. MdEP/Berlin,
Eva Bulling-Schröter / ehem. Mitglied des Bundestags / Berlin,
Prof. Dr. Wolfram Elsner / Ökonom / Bremen,
Dr. Rolf Gössner / Rechtsanwalt / Bremen,
Prof. Jürgen Junginger / Designer / Krefeld,
Prof. Rainer Roth / Sozialwissenschaftler / Frankfurt

Bei Umzug bitte neue Adresse mitteilen

Die Post teilt uns bei Umzug die neue Adresse nicht mit. Soll Stichwort BAYER Sie auch weiterhin erreichen, informieren Sie uns bitte über Ihre neue Anschrift.



Liebe Leserinnen und Leser,

auf stattliche 36 Seiten kommt diese Ausgabe des *Stichwort BAYER (SWB)*, denn es gibt wieder viel zu berichten. Ende April fand die BAYER-Hauptversammlung statt, und da passierte so einiges. Obwohl der Leverkusener Multi die rechtliche Möglichkeit nutzt, AktionärInnen-Treffen auch ohne pandemische Not ins Internet zu verlagern, gab es Konzern-Kritik auf allen Kanälen, sowohl in Präsenz als auch im virtuellen Raum. Nicht weniger als 18 GegenrednerInnen bot die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) dieses Mal auf.

Die größte Gruppe gehörte einem Bündnis an, das bei der „Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung“ (OECD) eine Beschwerde gegen den Leverkusener Multi eingereicht hatte. Gegenstand des Verfahrens: Die katastrophalen Folgen von BAYERs Kombipack aus Gensoja & Glyphosat für Mensch, Tier und Umwelt in Lateinamerika zum Gegenstand. Sechs AktivistInnen aus Argentinien, Bolivien, Brasilien, Paraguay und Deutschland schilderten den AktionärInnen die Lage vor Ort. Und für das SWB erstellten sie eine Zusammenfassung ihrer Klageschrift. Das Thema „Gentechnik“ stand ebenfalls auf der Tagesordnung der Hauptversammlung. BAYER betreibt nämlich Extrem-Lob-

bying, um in Brüssel die Deregulierung des neuesten Labor-Bestecks – Genscheren wie CRISPR/Cas – durchzusetzen. Die Coordination engagiert sich unter anderem im AKTIONSBÜNDNIS GEGEN GENTECHNIK IN UND UM DÜSSELDORF gegen diesen Vorstoß. Anfang April beteiligte sie sich vor ihrer Haustür an der „Gehen gegen Gentechnik“-Demonstration, und das *SWB* war auch dabei.

Dann holte BAYER der Skandal um virusbelastete Blutprodukte wieder ein, über den das Stichwort erstmals 1993 größer berichtet hatte. Ein 2.500 Seiten starker Untersuchungsbericht über die 3.000 Toten und 30.000 Infizierten in Großbritannien durch die Geschäfte mit KOGENATE und anderen Präparaten sorgte für neue Schlagzeilen. Das mussten wir natürlich aufgreifen.

Nicht zuletzt um mediales Gras über solche Ereignisse wachsen zu lassen, betreibt BAYER Sport-Förderung. In diesem Jahr hat ihr Marken-Botschafter BAYER 04 Leverkusen einen bemerkenswerten Erfolg erzielen und damit positive Nachrichten produzieren können: Er wurde deutscher Fußballmeister. Anlass für die Redaktion, sich einmal mit der „Brot und Spiele“-Strategie des Konzerns zu befassen. Dass Sie alles das mit Gewinn lesen, hofft

Jan Pehrke

Deutscher Meister BAYER 04 Leverkusen

Der Alonso-Effekt



BAYER-Boss Bill Anderson mit seinem neuen Werbeträger

BAYER 04 Leverkusen hat – verdient – die deutsche Fußballmeisterschaft gewonnen. Noch mehr aber gewinnt die Konzern-Mutter. Sie braucht nämlich dringend gute Nachrichten und setzt dabei schon immer auf ihre Werkself.

Von Max Meurer

„Tausende Arme werden sich in die Luft recken (...)\", prophezeite das *Handelsblatt* und erinnerte damit unbewusst an ein der BAYER AG nicht ganz unbekanntes Phänomen. Diesmal ging es aber nicht um Politik, zumindest vordergründig, sondern um Fußball. Die „Werkself“, BAYER Leverkusen 04, ist deutscher Fußballmeister. Im April ist ganz Leverkusen beflaggt – der Lokalpatriotismus in der nach dem Chemiker Carl Leverkus benannten Stadt kennt keine Grenzen mehr. Das freut auch den Chemieriesen BAYER, denn immerhin ist der Konzern nicht nur finanziell und politisch aufs engste mit der Stadt verwoben, er hat auch jahrzehntelang gut in BAYER 04 investiert.

Nicht nur änderte der DFB 1998 extra seine Statuten, um es zu ermöglichen, die betont auf proletarisch getrimmte Werkself in eine GmbH umzuwandeln, womit sie den Trendsetter für viele andere Teams abgab, nein, der Fußballclub sollte auch seinem Zweck nach Werbeträger für die BAYER AG werden.

Juristisch unumstritten war das damals nicht, immerhin nutzte der Multi eine Ausnahmestimmung der sogenannten 50+1-Regelung aus, die es eigentlich verbietet, dass ein Unternehmen die Mehrheit der Aktien eines Fußballclubs besitzt. BAYER aber hält nichtsdestotrotz 100 % der Aktien und damit Stimmen. Diese Ausnahmeregelung kommt sonst nur beim

eng mit der VOLKSWAGEN AG verwobenen VfL Wolfsburg und bei Hoffenheim (SAP) zur Geltung. Darum darf die BAYER AG auch die Gesellschafterversammlung selbstständig berufen. Dabei handelt es sich um das höchste Beschlussorgan des Fußballclubs, in dem dann neben dem bekannten Fußballer Rudi Völler auch BAYERs ehemaliger Vorstands- und Aufsichtsratsvorsitzende Werner Wenning vertreten ist. Rund 25 Millionen Euro lässt sich der Agro-Riese den Club Jahr für Jahr kosten.

Von Profis lernen?

Doch der fußballerische Erfolg der Werkself scheint der wirtschaftlichen Krise des

BAYER-Konzerns geradezu komplementär entgegengesetzt. Bereits seit der Übernahme von MONSANTO und den bald darauf beginnenden Schadensersatz-Prozessen in Sachen „Glyphosat“ mit den Milliarden-Strafen befindet sich die Aktiengesellschaft auf Talfahrt und lässt das vor allem die Beschäftigten spüren. Arbeitsplatz-Vernichtung steht immer wieder auf der Tagesordnung.

OptimistInnen gibt's jedoch sogar in BAYERs Chefetage. So zitiert das *Handelsblatt* den Vorstandsvorsitzenden Bill Anderson: „Wir sind stolz auf die Kollegen (sic!) von BAYER 04 und freuen uns, dass wir uns ein Beispiel an ihnen nehmen können.“ Und diesem Motto getreu hagelte es drum auch bald schon Phrasen, die die allgemeine Moral im Firmen-Vorstand heben sollen, denn zu mehr taugen sie offensichtlich nicht. Man anempfiehlt BAYER Kitsch der Marke „Das Team ist der Star“, „Die Kombination macht's“, „Daten gezielt nutzen“ und „Leadership entscheidet“ (auf den Führerbegriff wollten die „UnternehmensberaterInnen“ aus Gründen der historischen Sensibilität wohl verzichten). Fraglich ist zwar, was ein Unternehmen von den Strategien und Taktiken eines Fußballteams zu lernen vermag, das wissen wohl die LenkerInnen und LeiterInnen am besten, Fakt bleibt jedoch, dass BAYER 04 das marode Image des Konzerns durchaus aufpolieren könnte. Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEAHREN (CBG) erklärte dazu schon vor Jahren: „Dem Unternehmen BAYER gelingt es, mit Werbung und Sponsoring von Umweltschäden und hochgefährlichen Produkten abzulenken. Der beliebteste Sport der Welt wird degradiert zum bloßen Imagefaktor skrupelloser Konzerne.“

Anfang der 2000er ergab eine Umfrage, dass immerhin 36 % der deutschen Bevölkerung die Verbindung zwischen dem Chemieriesen und dem Fußballclub kannten. Aus der gleichen Zeit stammt eine Erhebung, die den Auftritt der Mannschaft im Fernsehen als PR für den Multi wertet und den Werbe-Wert auf rund 30 Millionen Euro taxiert (der Wert dürfte heute durchaus deutlich höher sein). Da schadet es auch kaum, dass die Werbepplätze auf den Trikots an andere Konzerne vergeben wurden. Und andersrum profitiert natürlich der Club von der BAYER-Mutterschaft – so hebt der Blog *Miasanrot* hervor: „Es ist letztlich egal, wie viel Umsatz die Fußball-GmbH macht, wie viel Schulden sie anhäuft und in welcher Höhe sie Gewinne oder Verluste schreibt, denn die Gewinne

werden abgeführt, die Verluste werden ausgeglichen und für die Verbindlichkeiten steht zur Not die Mutter ein – wenn die Kredite nicht sogar gleich von ihr ausgegeben worden sind.“ Sprich: auf der Wettbewerbsebene ist der Club in einem solchen Umfang von BAYER abgesichert, dass er sich um erhöhte Ausgaben, bspw. für Spielertransfers, eigentlich keine Sorgen machen muss. Der Verein als BAYERs wichtigster Werbeträger kann sich zwar weitestgehend selbst finanzieren, doch im Zweifelsfall kommt die Konzernmutter auf. Während sie ihr Engagement für den Breitensport schon markant zurückgefahren hat, würde sie die Fußball-Elf mit ihrem Imagefaktor niemals wirklich über die Wupper gehen lassen. Die CBG hielt dazu schon im Jahr 2005 fest: „BAYER ist für eine endlose Liste von Skandalen verantwortlich. Im „Schwarzbuch Markenfirmen“ wurde BAYER gar als „übelstes Unternehmen“ bezeichnet. Das umfangreiche Sport-Sponsoring ist ein durchsichtiger Versuch, das durch Störfälle und hochgefährliche Produkte verursachte Negativ-Bild des Konzerns zu verbessern.“

Sportwashing

Hochgefährliche Produkte wie jetzt etwa Glyphosat (s. o.), die BAYER Millionenklagen einbringen, aber auch solche, die der Öffentlichkeit bis dato eher unbekannt blieben wie LIPOBAY, das Nierenversagen begünstigte und deshalb 2001 vom Markt genommen werden musste oder PCB, das hunderte öffentliche Gebäude allein in Deutschland bis heute verpestet – die Liste ließe sich noch beliebig verlängern. All das soll die Fußball-Truppe ins Abseits drängen, oder wie es Meinolf Sprink, der ehemalige Sportbeauftragter des Unternehmens, Anfang der 2000er Jahre ungewohnt offen zum Ausdruck brachte: „Das Sponsoring mit Fußball passt perfekt auf die Schwachpunkte des Images und verbessert es.

Und so hilft man sich gegenseitig: BAYER 04 kickt für die BAYER AG und lenkt von den unschönen Erscheinungsformen der Chemiegroßindustrie ab, die BAYER AG sichert BAYER 04 finanziell ab und betreibt in massivem Umfang die weitere Kommerzialisierung des Fußballs. Letzteres ist zwar bei Fans und Ultras nicht so gern gesehen, tritt aber bei der Meisterschaft in den Hintergrund und fällt damit nicht so sehr ins Gewicht. Bleibt die Frage, wie lange die Menschen der AG diese Image-Poliererei noch abkaufen werden. ←

Promis gegen Profit



„Der agrar-industrielle Komplex hat eine ähnliche Macht wie der militärisch-industrielle Komplex. Und er führt auch – das nenne ich so – Krieg, nämlich Krieg gegen die Natur und gegen sich selbst letztendlich, weil die industrielle Landwirtschaft sich die eigenen biologischen Grundlagen zerstört.“

Bartholomäus Grill, Journalist und Buchautor („Bauernsterben“)

Au weia, BAYER



Die Medikalisierung des Alltags gehört zum Geschäftsmodell der Pharma-Industrie. Für alles und jedes hat sie Pillen zur Hand. Der BAYER-Konzern wurde unlängst wieder fündig, und Vorstandschef Bill Anderson war davon so angetan, dass er es am 26. April sogar in seiner Hauptversammlungsrede vermeldete. „Das Team hinter der beliebten Marke ONE-A-DAY hat eine neue Möglichkeit erkannt: Paare mit Kinderwunsch brauchen die richtigen Vitamine und Nährstoffe“, so der Große Vorsitzende. Bis zum fertigen Produkt war es dank des von Anderson entwickelten Organisationsmodells „Dynamic Shared Ownership“ dann nur noch ein Klacks. Bereits ein Jahr früher als geplant brachte der Leverkusener Multi „ein völlig neues Multivitamin-Präparat für Paare mit Kinderwunsch“ auf den Markt, noch dazu im praktischen „Pärchen-Pack“.

BAYERs Blut-Skandal

Die unendliche Geschichte



Geschädigte von virus-haltigen Blut-Präparaten demonstrieren in London

Mit einem neuen Untersuchungsbericht über die verheerenden Folgen virus-haltiger Blut-Produkte von BAYER & Co. in England findet ein Skandal seine Fortsetzung, der Anfang der 1980er Jahre seinen Ausgang nahm.

Von Jan Pehrke

3.000 Tote, 30.000 mit HIV und/oder Hepatitis C infizierte Personen von 1970 bis 1998 in England durch verseuchte Blut-Präparate von BAYER & Co. – so die Bilanz des am 20. Mai 2024 veröffentlichten Untersuchungsberichts. Vor allem Bluter zählten zu den Opfern eines der größten Medizin-Skandale der letzten Jahrzehnte. „Ich muss berichten, dass dies weitgehend, wenn auch nicht vollständig, hätte vermieden werden können“, sagte der ehemalige Richter Sir Brian Langstaff bei der Vorstellung der über 2.500 Seiten star-

ken „Infected Blood Inquiry“. „[J]ene, die die Verantwortung hatten, die Ärzte, die Blutbanken und mehrere aufeinanderfolgende Regierungen“ klagt er an. Die Pillen-Riesen hingegen verschont Langstaff mit seiner Kritik. So bleibt es Zeitungen wie *The Guardian* vorbehalten, von der „Gier der pharmazeutischen Unternehmen“ zu sprechen. Eine Strafverfolgung hält die Zeitung eher für unwahrscheinlich, obwohl es in England seit 2007 den Straftatbestand „Totschlag durch Unternehmen“ (Corporate Manslaughter)

gibt. „Eine Organisation, auf die dieser Abschnitt Anwendung findet, macht sich einer Straftat schuldig, wenn die Art und Weise, in der ihre Tätigkeiten ausgeübt oder organisiert werden (a) den Tod einer Person verursacht und das (b) auf eine grobe Verletzung einer relevanten Sorgfaltspflicht der Organisation gegenüber dem Verstorbenen zurückzuführen ist“, heißt es im Gesetzestext. Und falls es doch Ermittlungen geben sollte, dann dürften eher die Blutbanken oder die britische Gesundheitsbehörde NHS ins Faden-

kreuz der Staatsanwaltschaft geraten als BAYER & Co.

Der Leverkusener Multi plädiert in Sachen „Kapitalverbrechen“ natürlich auf unschuldig. Er spricht in seinem Statement zu dem Report vielmehr von schicksalhaften Ereignissen: „BAYER bedauert zutiefst, dass es zu dieser tragischen Situation gekommen ist und dass Therapien, die von Tochter-Unternehmen BAYERS entwickelt und von Ärzten verschrieben wurden, um Leben zu retten und erträglicher zu gestalten, schlussendlich so viel Leid verursacht haben.“ Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) stellte das in ihrer Presseerklärung zum Untersuchungsbericht umgehend richtig. „BAYER & Co. haben wissentlich virenbelastete Blut-Präparate verkauft“, hielt die CBG fest.

In dem betreffenden Zeitraum hatte BAYERS US-Tochter CUTTER bei den Gerinnungsprodukten für Bluter eine marktbeherrschende Stellung inne. Das SpenderInnen-Blut für KOGENATE mit dem Blutgerinnungsfaktor VIII und andere Medizin-Produkte bezog sie vornehmlich von Risiko-Gruppen wie Strafgefangenen, Prostituierten und Drogenabhängigen. Die Firma unterhielt in Haftanstalten und in Vierteln mit vielen Prostituierten und Drogenabhängigen sogar eigene Blutabnahme-Stellen.

Bis zu 400.000 Blutspenden führte sie in einem Pool zusammen, was das Auftreten von Kontaminationen fast unvermeidlich machte. Bereits Ende 1982 wusste das Unternehmen um diese Gefahren. „Es gibt klare Belege, die nahelegen, dass AIDS durch (...) Plasma-Produkte übertragen wird“, hieß es in einem internen Firmen-Dokument. Auch forderten einzelne Beschäftigte Maßnahmen, wie aus einem Memo an den CUTTER-Chef Jack Ryan hervorgeht, auf das die „Infected Blood Inquiry“ in dem Kapitel „Das Wissen um das AIDS-Risiko“ verweist. So drang ein Angestellter darauf, auf den Packungsbeilagen entsprechende Warnhinweise anzubringen.

Die Geschäftsleitung reagierte auf solche Appelle nicht. Sie weigerte sich ebenfalls, Tests zum Aufspüren von Hepatitis-Erregern einzuführen, die Hinweise auch auf eine mögliche HIV-Infektion geliefert hätten. Und als eine Methode zur Abtötung der Viren durch Hitze-Behandlung aufkam, tat der Konzern gemeinsam mit anderen Pharma-Riesen alles, um deren Zulassung so lange wie möglich hinauszuzögern, denn er fürchtete, auf

seinen Lager-Beständen mit den Faktor-VIII-Präparaten sitzenzubleiben. Zudem schreckte CUTTER vor den Anlaufkosten für die Produktionsumstellung zurück. An langfristige Liefer-Verträge zu festgelegten Preisen gebunden, hätte dies nämlich die Rendite geschmälert. Deshalb startete das Unternehmen eine großangelegte Desinformationskampagne. „AIDS hat in einigen Ländern irrationale Reaktionen hervorgerufen“, schrieb die BAYER-Tochter in einem Brief an LieferantInnen aus Frankreich und 20 anderen Staaten und sprach darin von „substanzlosen Spekulationen, dass das Syndrom durch einige Blut-Produkte übertragen werden könnte“. Sogar per Gericht versuchte sie die Fakten zu bestreiten.

Ab dem Sommer 1984 musste sich CUTTER dann aber ins Unvermeidliche fügen. Immer mehr westliche Industrie-Nationen machten das Hitze-Verfahren obligatorisch. Für die ManagerInnen stellte sich damit das Entsorgungsproblem. „Wir haben noch Unmengen von nicht erhitzten Beständen“, stöhnten sie und entschieden, nochmals „die internationalen Märkte zu beobachten, um zu bestimmen, ob mehr von dem Produkt verkauft werden kann“. Es konnte. Ende des Jahres hatte die BAYER-Tochter bereits 400.000 alte Faktor-VIII-Einheiten in den Fernen Osten geliefert und 300.000 nach Argentinien. Insgesamt exportierte sie noch 25 Millionen Chargen im Wert von vier Millionen Dollar vornehmlich nach Asien und Lateinamerika.

Nicht einmal als das Hongkonger Gesundheitsministerium den Vertriebs-Chef von

CUTTER vorlud, weil die Patienten immer mehr Druck machten und auch die Medien auf das Thema aufmerksam wurden, änderten die Verantwortlichen ihre Haltung. Ihre einzige Reaktion: „Wir haben den Universitätsärzten (...) 350 Flaschen des neuen, hitze-behandelten KOATEs besorgt (...) für jene Patienten, die am lautesten jammern.“ In Japan verfiel das Pharma-Unternehmen sogar darauf, die Zulassung des hitze-behandelten KOATE HT hinauszuzögern, um noch möglichst viel von der Altware absetzen zu können. Dem Journalisten Egmont R. Koch gegenüber zeigte ein CUTTER-Beschäftigter späte Reue: „Ich denke, ich habe Fehler gemacht. Ich denke, ich hätte Dinge besser machen können. Und ich denke, unter diesen Umständen, wenn man die Folgen sieht, bin ich froh, jetzt darüber reden zu können“.

Die CBG begleitet der Blut-Skandal bereits seit Jahrzehnten. 1997 nahm sie erstmals Kontakt zu Betroffenen in den USA auf. Im gleichen Jahr erschien im *Stichwort BAYER* ein Interview mit Todd Smith. Er berichtete dort von dem zähen Ringen der Betroffenen um ein Schuld-Eingeständnis BAYERS und Entschädigungen. „Die meisten von uns konnten sich zunächst gar nicht vorstellen, dass Firmen, die so bedeutende Medikamente produzieren, geradezu schreckliche, von reiner Gier geprägte Entscheidungen fällen könnten“, so Smith. Dann aber machten sie viel Druck. Ab dem Sommer 1996 hielten die Geschädigten im Wochen-Rhythmus Kundgebungen vor dem Konzern-Standort Berkeley ab. „BAYER got profits - we got AIDS“ war auf ihren Schildern etwa zu lesen. Auch

ZEITSCHRIFT MARXISTISCHE ERNEUERUNG

2024: Z. 137: Lohnabhängigenbewusstsein (II)

2023: Z. 136: Multiple Krise **Z. 135:** Rüstungspolitik und **MIK Z. 134:** Wessen Weltordnung? Globale Kräfteverschiebungen **Z. 133:** Kapitalismus in Russland

2022: Z. 132: Lohnabhängigenbewusstsein **Z. 131:** Öffentlichkeit – Medien – Krieg **Z. 130:** Weltordnungskrieg **Z. 129:** Globale Warenketten

2021: Z. 128: Geopolitik – Afghanistan **Z. 127:** Transformationskrise **Z. 126:** Kritik des Intersektionalismus **Z. 125:** Gesundheitssystem und Corona-Krise

2020: Z. 124: Kritik der Extremismustheorie **Z. 123:** Corona-Krise und Kapitalismus / Jugend und Politik / DDR

Z. erscheint vierteljährlich mit je 224-248 Seiten
 Einzelheft: 10 Euro. Abo: 38 Euro/ermäß. 30 Euro
Bestellung: www.zme-net.de, Postf. 700346, 60553 Frankfurt/M., redaktion@zme-net.de

Überausbeutung

ZEITSCHRIFT MARXISTISCHE ERNEUERUNG

Z.

Nr. 138, Juni 2024

Puder/Roldán Mendivil/Sarbo – **Überausbeutung – begriffshistorischer und konzeptioneller Überblick** / Higginbottom – **Überausbeutung und Imperialismus** / Smith – **Ausbeutung und Überausbeutung** / Zimmermann – **Globale Ausbeutung, Wert, ungleicher Tausch**

Und: Liegl/Kilroy – **Streikmonitor 2023** / Autorengruppe – **Protest gegen rechts 2024** / Schadt – **Pol. Ök. der Digitalisierung (II)** / Bollinger – **Erinnerungen an Lenin** / Kastner – **Marxistischer Kunstsoziologie (I)** / Foster – **Degrowth: Postwachstums-Planung (III)** / Zimmering – **Gaza-Krieg und Lateinamerika** / Nehring – **Klassenstrukturanalyse** / Weißbecker – **Historische Faschismusforschung**



Todd Smith demonstriert vor der BAYER-Niederlassung in Berkeley

der Bluter-Vereinigung „National Hemophilia Foundation“ statteten sie Besuche ab, denn sie tat fast nichts, wofür nicht zuletzt üppige Zuwendungen von BAYER & Co. gesorgt hatten.

Dem Bluter zufolge hat der Leverkusener Multi bei den Auseinandersetzungen um Kompensationszahlungen die Linie vorgegeben: „BAYER, die größte Hersteller-Firma für Gerinnungspräparate in den USA, hat die juristischen Weichen für die ganze Branche bestimmt. Die drei anderen Firmen sind sozusagen Mitläufer. Denn BAYER bestimmte die Gerichtsstrategie.“ Ein Jahr später stellte Todd Smith den damaligen Vorstandsvorsitzenden Manfred Schneider und dessen Vorstandskolleginnen auf der BAYER-Hauptversammlung direkt zur Rede. „Viele meiner bluterkranken Mitmenschen in den USA – Tausende – wurden durch BAYER-Produkte infiziert,

und Tausende weitere sind weltweit infiziert. Viele von ihnen sind an AIDS gestorben, und viele haben auch miterlebt, wie Ehefrauen und Kinder starben, die unwissentlich von ihren Partnern infiziert wurden. Und das alles durch ein Produkt, das sicher hätte sein können und auch müssen. Herr Schneider, warum hat der BAYER-Konzern seine Kunden bis heute nicht gewarnt, dass sie sich durch seine Produkte mit dem AIDS-Virus infizieren könnten oder dass bei der Herstellung in vollem Wissen auf Blut von Hochrisikospendern zurückgegriffen wurde?“, fragte er damals. Und am Ende gab Smith selbst die Antwort: „So lange Profite wichtiger sind als Sicherheit, werden Menschen ihr Leben verlieren. Tausende tote Bluter sind der Beweis dafür.“

Todd Smith starb im Jahr 2012. Aber den Kampf um Entschädigungen gewann er

noch. 1997 kam es zu einem Vergleich zwischen ihm und rund weiteren 6.200 Klägern mit BAYER, ALPHA THERAPEUTICS, ARMOUR PHARMACEUTICAL und BAXTER HEALTH CARE. Die Unternehmen willigten ein, 600 Millionen Dollar zu zahlen, wovon der Leverkusener Multi mit 290 Millionen den größten Teil zu tragen hatte. Nach Abzug der Kosten für die Rechtsbeistände blieben jedem Betroffenen rund 100.000 Dollar. JapanerInnen bekamen höhere Summen, rund 315.000 Euro pro Kopf. Zudem rangen sie dem Global Player eine Entschuldigung ab. In anderen Ländern konnte er sich zu einer solchen Geste allerdings nicht entschließen. Sie entspräche den speziellen Gepflogenheiten in dem Staat, so der Konzern. „In Japan ist es in einer solchen Situation üblich, die Gefühle offen auszusprechen“, erklärte der BAYER-Manager Theo Pliutschke. Die damalige Unternehmenssprecherin Christiana Sehnert verwies ebenfalls auf die „kulturellen Gegebenheiten“ in Japan und lehnte eine Wiederholung ab. „Wenn wir uns in Deutschland entschuldigen, ist doch gleich von Schuld die Rede“, so Sehnert. Hierzulande musste BAYER noch nicht einmal die Portokasse antasten. Der Staat übernahm zum größten Teil die Kosten für die monatlichen Rentenzahlungen an die Betroffenen in Höhe von 750 bis 1.500 Euro. Und in Großbritannien will die Regierung die angekündigten elf Milliarden Euro Entschädigungen auch dem Steuertopf entnehmen. Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN wird jedoch alles dafür tun, dem Konzern eine Beteiligung abzutrotzen. ◀

Nachhaltig, fair & verantwortungsvoll.

Wir sind die Ökopioniere seit 1989 mit dem Einkaufsführer für nachhaltigen Konsum und gutes Leben.

GUTSCHEIN

Bitte gewünschte Ausgabe(n) ankreuzen, Ihre Adresse und € 1,60 Porto in Briefmarken pro Buch an uns senden. Um den Gutschein per E-Mail einzulösen, mailen Sie an info@greenya.de

greenya Verlag OHG | Lasbeker Str. 9 | 22967 Tremsbüttel
Fon +49 (0) 4532-21402 | Fax +49 (0) 4532-22077
info@greenya.de | www.greenya.de

<input type="checkbox"/> Nord (Hamburg, Schleswig Holstein)	<input type="checkbox"/> Ost (MV, BB, Berlin, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen)
<input type="checkbox"/> Nordrhein-Westfalen	

Weitere Ausgaben sind in Vorbereitung.

© greenya, 02.11.2023

INFORMIERT. DECKT AUF. MACHT MUT. BEWEGT.

STICHWORT BAYER

DAS
KONZERNKRITISCHE
MAGAZIN

WWW.STICHWORT-BAYER.DE/ABO

- Ja, ich abonniere STICHWORT BAYER (SWB) für jährlich ____ €. Personen mind. 30€, Gruppen/Institutionen mind. 60€. Höhere Beiträge helfen.
- Ich möchte SWB-Ausgaben verteilen. Bitte meldet euch bei mir!
- Ich trete dem SWB-Förderkreis bei für jährlich ____ €. Mind. 60€
- Ich will spenden! Bitte bucht den Betrag von ____ € ab. Oder online: www.CBGnetwork.org/Spenden

Vorname		Familiename		Geburtsjahr
PLZ / Ort		Straße / Haus Nr.		
IBAN				
Email			Unterschrift	

Antwort an: Stichwort Bayer – Postfach 15 04 18 – 40081 Düsseldorf

Ich ermittle die Co-Operation gegen Bayer Gießen (CBG). Zahlungen von meinem Konto einzulösen. Zudem werde ich mein Kreditinstitut im Falle der CBG auf mein Konto gezeigten Lastschriften einzulösen. Ich kann mehrfach von acht Wochen beginnend mit dem Bestimmungstag die Erstellung des nächsten Beitrags verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen für meine Verbindlichkeitsverhältnisse mit dem Bankum. Mit der Unterschrift wird die Verwendung der Daten insbesondere der postischen Angaben der CBG zugestimmt. Die dem Datenverarbeitungsmittel entsprechenden Angaben finden Sie auf diesem Formblatt unter www.CBG-network.org/aboschutz.

Die Genscheren-Deregulierung stockt

Brüssel lässt BAYER warten



Foto: Bodo Schmitz (www.mutbuergerdokus.de)

CBGler Jan Pehrke bei seiner Rede vor dem Ministerium für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie

Mit aller Macht versuchte die EU, ihre Verordnung zur Deregulierung der Neuen Gentechniken noch vor der Europa-Wahl durchzubringen. Dies scheiterte sehr zum Missfallen von BAYER & Co. jedoch – nicht zuletzt am Widerstand, der sich allorts gegen das Vorhaben formiert hatte.

Von Jan Pehrke

Es zog sich, was das „Aktionsbündnis gegen Gentechnik in und um Düsseldorf“ am 6. April 2024 zum „Gehen gegen Gentechnik“ auf die Straße gebracht hatte. An einer langen Leine, an der kleine Kärtchen flatterten, marschierten die DemonstrantInnen, oft in der Montur roter Genteufelchen, durch die Stadt. Was sie da mit sich trugen, waren fein aufgereiht hunderte Postkarten mit Unterschriften gegen

das Vorhaben der Europäischen Union, bestimmten neuen gentechnischen Verfahren Risiko-Prüfungen und Kennzeichnungspflichten zu ersparen. Adressat der Sendungen: die nordrhein-westfälische Landesregierung. Die kann nach Meinung des Bündnisses, in dem sich zahlreiche Initiativen wie der ERNÄHRUNGSRAT Düsseldorf, der NABU, die NATURFREUNDE Düsseldorf, GERRESHEIM NACHHALTIG,

das ÖKOTOP Heerdt und die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) zusammengefunden haben, nämlich durchaus etwas gegen die Brüsseler Pläne tun. „In ihrem Koalitionsvertrag hatte Schwarz-Grün erklärt: ‚Wir wollen Verbraucherschutzland Nummer eins sein.‘ An dieses Versprechen werden wir Landeswirtschaftsministerin Mona Neubaur, Landwirtschaftsministerin Silke Gorißen

und Umweltminister Oliver Krischer am 6. April erinnern“, hieß es in der Pressemitteilung des Bündnisses zur Demo.

Annahme verweigert

Allerdings wollte keine/r der Drei die Unterschriften persönlich entgegennehmen. Die Absagen im Vorfeld hinderten die rund 80 Gentechnik-KritikerInnen jedoch nicht, bei den Ministerien vorstellig zu werden. Mit zwei Treckern und einer monströsen Gentech-Kartoffel an der Spitze ging es vom Graf-Adolf-Platz aus zunächst Richtung Stadttor zum „Ministerium für Landwirtschaft und Verbraucherschutz“. Dort hielt der Biobauer Heiner Hannen vom Kaarster Lammertzhof eine kleine Ansprache. Er berichtete von den negativen Erfahrungen US-amerikanischer LandwirtInnen mit der Gentechnik, räumte mit der Mär ihrer Überlegenheit gegenüber konventionellen und ökologischen Praktiken auf und wandte sich dann direkt an die CDU-Politikerin. „Frau Landwirtschaftsministerin, eine große Mehrheit der Menschen hier in Deutschland und Europa und auch immer mehr Menschen in den USA und anderen Ländern möchten gentechnik-freie Lebensmittel essen. Biolandbau ist gentechnik-frei. Wenn der Gesetzesvorschlag der EU durchkommt, kann ich nicht mehr für gentechnik-freie Erzeugung und damit für Bioanbau garantieren“, mit diesen Worten brachte er seine Befürchtungen zum Ausdruck. Wind und Bienen würden bei der Bestäubung nämlich keinen Unterschied machen und so seine Pflanzen unkontrollierbar kontaminieren, weswegen die Ernte nicht mehr als Bio-Ware zu vermarkten wäre, so Hannen. „Deshalb darf das EU-Gesetz nicht kommen“, mahnte er.

Dann ging es weiter zum Ministerium für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie. „Ministerin Mona Neubaur hat leider keine Zeit gefunden, unsere Unterschriften persönlich entgegenzunehmen, aber ich glaube, dafür gibt es nicht nur terminliche Gründe. Während Schwarz-Grün sich im Koalitionsvertrag deutlich gegen die alten Gentechniken ausspricht, steht das Wirtschaftsministerium den neuen durchaus positiv gegenüber“, erläuterte Jan Pehrke von der CBG – der Autor dieser Zeilen. Er zitierte dazu Verlautbarungen aus dem Haus, wonach Genschere wie CRISPR/Cas und andere Methoden des Genome Editing ein großes Potenzial für den Standort NRW besäßen und zudem unabdingbar wären, um die Landwirtschaft in die Lage zu versetzen,

auf nachhaltige Weise dem Klimawandel zu trotzen und die wachsende Weltbevölkerung zu ernähren. Pehrkes Ansicht nach ist das von der Grünen-Politikerin geführte Ministerium damit den Heilsversprechen von BAYER & Co. aufgefressen, die bei der alten Gentechnik ganz ähnlich geklungen hätten und wirkungslos verhallt wären. Er hob dagegen die ganz realen Risiken und Nebenwirkungen der Genschereien hervor. Der CBGler zitierte dazu aus einem Gutachten der französischen Behörde für Nahrungsmittelsicherheit ANSEL, wonach selbst kleinste Eingriffe bei den Pflanzen zu einer Veränderung des Allergie- und Toxizitätspotentials sowie der Nährstoff-Eigenschaften führen könnten. Deshalb rief Jan Pehrke dazu auf, alles zur Verhinderung der EU-Pläne zu tun – so lange noch Zeit ist.

Kurs auf Krischer

Anschließend nahm der Zug am Rhein entlang Kurs auf das „Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr“. Oliver Krischer (Bündnis 90/Die Grünen) fand „wegen der hohen Termindichte und bereits bestehender Verpflichtungen“ zwar auch keine Zeit, die Unterschriften persönlich entgegenzunehmen, aber er ließ zumindest eine ausführlichere Absage aufsetzen. Während sich das Wirtschaftsministerium ohne Wenn und Aber zu den neuen Schnippel-Techniken bekennt, klingt das aus dem Umweltministerium ein wenig anders. „Herr Minister Krischer hat sich bereits im Sinne ihrer Forderungen auf der Frühjahr-Umweltministerkonferenz (UMK) am 12.5.2023 eingesetzt“, hält das Schreiben fest. Leider jedoch hätten der NRW-Minister und seine KollegInnen für die dort gefassten Beschlüssen im Bundesrat keine Mehrheit gefunden, so dass nicht viele ihrer Forderungen in die Stellungnahme der Ländervertretung zum Verordnungsvorschlag der EU eingegangen wären, hieß es weiter. Insgesamt beschreibt das Ministerium die Haltung der nordrhein-westfälischen Landesregierung zur Gentechnik 2.0 als eine „differenzierte Position“. Neben den so obligatorischen wie unbelegten Verweisen auf die segensreichen Wirkungen von CRISPR/Cas & Co. für die Welternährung, die Pestizid-Reduktion und die Klima-Anpassung von Pflanzen betonte das Umweltministerium auch das Risiko der Kontamination von Öko-Produkten mit Gentech-Gewächsen. Überdies sah es in der zur Debatte stehenden Patentierbarkeit der Labor-Kreationen eine Gefahr, weil das ZüchterInnen den

BAYERs Genschereien

Bei der Gentechnik 2.0 kommen Gen-Scheren wie CRISPR/Cas zum Einsatz. Dieses Verfahren bedient sich eines Abwehr-Mechanismus' von Bakterien zum Aufspüren von schädlichen Viren. Es steuert bestimmte Gen-Abschnitte an und nutzt dann das Cas-Enzym zur Auftrennung der Genom-Sequenz. Anschließend setzt CRISPR/Cas entweder mitgeführte neue Erbgut-Stränge ein, schaltet bestimmte Gene ab oder bringt die Zellen dazu, per Mutagenese selbst Veränderungsprozesse einzuleiten. Der Leverkusener Multi vermarktet bereits einen von der Firma PAIRWISE mit Hilfe der Genom-Editierung entwickelten Salat und arbeitet gemeinsam mit dem Unternehmen an einem Kurzhalm-Mais. Zudem in der BAYER-Pipeline: eine Vitamin-D-Tomate und ein Ackerheller-Kraut. Darüber hinaus unterhält der Konzern Entwicklungspartnerschaften mit ERS GENOMICS, TARGETGENE BIOTECHNOLOGIES, dem BROAD INSTITUTE, MIOGENIX und mit NOMAD BIOSCIENCE.

Zugang zu genetischem Material verschließen. „Das Umweltministerium wird sich im weiteren Rechtssetzungsprozess dafür einsetzen, dass offene Fragen zur Transparenz, Wahlfreiheit, Koexistenz, Patentierbarkeit sowie des Vorsorge-Prinzips geklärt werden“, versicherte das Krischer-Ministerium dem Aktionsbündnis zum Abschluss.

Die Macht am Rhein

Anne Mommertz vom Ernährungsrat Düsseldorf nahm den Minister beim Wort: „Sie schreiben, dass Sie sich 2023 in unserem Sinne eingesetzt haben (...) Wir stehen also hier, um unsere gemeinsamen Ziele zu unterstützen.“ Aber so einfach wollte sie Oliver Krischer dann doch nicht Glauben schenken. „Wir möchten eine Garantie, dass Gentechnik nur drin ist, wo es draufsteht“, so Mommertz. Dann berichtete sie von US-amerikanischen Öko-LandwirtInnen, die sich auf ihren Feldern mit übergriffigen Genpflanzen herumschlagen müssen und sehnsüchtig



Foto: Bodo Schmitz (www.mutbuergerdokus.de)



Gehen gegen Gentechnik“ am 6. April in Düsseldorf

nach Brüssel blicken, wo das im EU-Recht verankerte Vorsorge-Prinzip Schutz vor solchen Kontaminationen bietet. „Dieses Vorsorge-Prinzip hebt die EU mit dem vorgeschlagenen Gesetz nun selber aus! Warum? Für wen?“, fragte die Aktivistin und fand die Antwort unweit von Düsseldorf in Leverkusen, wo mit BAYER das größte Agrar-Unternehmen der Welt sei-

nen Sitz hat. Von einer globalen Konzern-Macht, der zur Durchsetzung ihrer kommerziellen Ziele jedes Mittel recht sei, sprach sie in diesem Zusammenhang. Noch aber sind BAYER & Co. trotz immenser Lobby-Anstrengungen nicht am Ziel. Allein der Leverkusener Multi nahm sich in Brüssel laut EU-Transparenz-Register zweimal die für den Verordnungsvorschlag

zuständigen EU-ParlamentarierInnen zur Brust und sprach in der Sache fünf Mal bei Mitgliedern der Kabinette von EU-KommissarInnen vor. Zudem entfalteten Lobbyorganisationen wie der „Industrieverband Agrar“, die „Industrie-Vereinigung Biotechnologie“ und der „Bundesverband der Deutschen Pflanzenschützer“ rege Aktivitäten. So setzten sie einen offenen Brief an deutsche PolitikerInnen auf, der „Landwirtschaft zukunftsfähig machen: Anwendung der neuen genomischen Techniken in Europa zeitnah ermöglichen“ überschrieben war.

Bezeichnenderweise trug der „Deutsche Bauernverband“ das Schreiben nicht mit. Er sträubt sich nämlich, den Agro-Riesen Patentschutz auf ihre Labor-Kreationen zu gewähren. Der Streit darum gehört dann auch zu den Hauptgründen, warum das Vorhaben nicht recht vorankommt. Noch in der vorletzten Mai-Woche scheiterte ein Kompromiss-Vorschlag der belgischen Ratspräsidentschaft. Zu groß waren einstweilen noch die Bedenken der PolitikerInnen. Aber die Bemühungen, eine Einigung zu erzielen, gingen unbeeindruckt von der EU-Wahl und der Neu-Sortierung von Parlament und Kommission mit voller Kraft weiter. ◀



1924 – 2024

100 Jahre Rote Hilfe
100 Jahre Solidarität

Die Rote Hilfe e.V. ist eine parteiunabhängige, strömungsübergreifende linke Schutz- und Solidaritätsorganisation. Die Rote Hilfe organisiert nach ihren Möglichkeiten die Solidarität für alle, unabhängig von Parteizugehörigkeit oder Weltanschauung, die in der Bundesrepublik Deutschland aufgrund ihrer politischen Betätigung verfolgt werden. **Unsere Solidarität gegen ihre Repression!**

info@rote-hilfe.de ★ www.rote-hilfe.de



Online Beitritt



DIE ROTE HILFE erscheint viermal im Jahr und kostet 2 Euro, im Abonnement 10 Euro im Jahr. Für Mitglieder der Roten Hilfe e.V. ist der Bezug der Zeitung im Mitgliedsbeitrag inbegriffen. **Gefangene erhalten die Zeitung kostenlos.**

Schwerpunkt 1/2024:
Antifa-Prozesse

ethecon SolidarFonds

Die beste Zukunftsanlage
ist ein glückliches Leben
für die Kinder.

Übliche Geldanlagen ziehen ihre Rendite aus Umweltzerstörung, Ausbeutung und Krieg. Ohne Rücksicht auf die Zukunft der Kinder und Enkel.

Der ethecon SolidarFonds verzichtet auf Rendite. Und finanziert stattdessen Einsatz für Umweltschutz, soziale Gerechtigkeit und Frieden - sowie für Konzernkritik.

Es gilt
das Prinzip:
Leben statt Profit.

ethecon SolidarFonds
Postfach 15 04 35
40081 Düsseldorf



Fordern Sie das
kostenlose Anlage-
Prospekt an!

Tel.: 0211 - 26 11 210 | Fax: 0211 - 26 11 220
info@ethecon.org | www.ethecon.org/esf

BAYER in der Kritik

Die OECD-Beschwerde



Fototermin nach dem Einreichen der OECD-Beschwerde gegen BAYER

Die BAYER AG, weltweit führend auf dem Markt für Pestizide und Saatgut, steht seit Jahren in der Kritik von UmweltschützerInnen und MenschenrechtsverteidigerInnen. Nun gerät das Unternehmen wegen seines Agrarmodells in Südamerika erneut ins Visier, diesmal jedoch mit vereinten Kräften. Erstmals hat sich ein Bündnis aus sechs zivilgesellschaftlichen Organisationen aus Argentinien, Brasilien, Paraguay, Bolivien und Deutschland zusammengeschlossen, um gemeinsam gegen die Praktiken des Konzerns in Südamerika vorzugehen. Das Agrarmodell von BAYER ist mit schwerwiegenden Umweltauswirkungen und Menschenrechtsverletzungen für die lokale Bevölkerung, insbesondere für indigene und ländliche Gemeinschaften, verbunden: Wälder werden abgeholzt, die Gesundheit wird gefährdet, die Nahrungsversorgung bedroht, das Trinkwasser verschmutzt und Landkonflikte verschärft.

Von Martha Bracklo (ECCHR)¹

Am 25. April dieses Jahres reichte das Bündnis in Deutschland auf Grundlage umfangreicher Recherchen und Interviews mit Betroffenen eine Beschwerde gegen BAYER bei der „Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung“ (OECD) ein. Darin wird dem Konzern vorgeworfen, seine Sorgfaltspflichten

beim Vertrieb von Soja-Saatgut und giftigen Pestiziden zu verletzen und damit gegen die OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen zu verstoßen. Über zwei Jahre haben die Organisationen an der Einreichung gearbeitet, um auf die Missstände aufmerksam zu machen und BAYER in die Verantwortung zu nehmen, seine

Unternehmenspraktiken im südamerikanischen Markt an die Sorgfaltspflichten für den Schutz von Mensch und Umwelt anzupassen.

BAYERS Marktpräsenz

Seit den 1990er Jahren nimmt die Nutzung landwirtschaftlicher Flächen für den

Sojaanbau in Südamerika kontinuierlich zu, angetrieben durch die Einführung von glyphosat-resistentem gentechnisch verändertem (GV) Sojasaatgut. In Argentinien, Brasilien, Paraguay und Bolivien beansprucht der großflächige Anbau von GV-Sojabohnen inzwischen durchschnittlich mehr als 50 % der landwirtschaftlichen Anbauflächen. Brasilien und Argentinien gehören zu den drei größten Sojaproduzenten der Welt, Paraguay und Bolivien zu den sechst- bzw. zehntgrößten. Die Wichtigkeit der Region für die globale Sojaproduktion und damit auch für die führenden Agrochemieunternehmen ist unverkennbar.

Soja-Multi BAYER

Die globale Soja-Agrarindustrie wird von einigen wenigen multinationalen Unternehmen dominiert, die einen beträchtlichen Marktanteil an der Produktion und dem Vertrieb von GV-Sojasaatgut und glyphosat-basierten Pestiziden halten. Zu diesen Konzernen gehören unter anderem BASF, SYNGENTA, CORTEVA und auch die BAYER AG. Insbesondere in Südamerika hat sich die BAYER AG nach der Fusion mit MONSANTO im Jahr 2018 mit dem Geschäftsbereich „Crop Science“ zu einem der führenden Agrochemieunternehmen in der Region entwickelt und vertreibt seine Produkte über mehrere Tochtergesellschaften und Produktionsstätten. BAYER ist in der gesamten Wertschöpfungskette von Saatgut und Pestiziden stark vertreten. Dies umfasst nicht nur die Produktion, sondern zugleich die nachgelagerte Wertschöpfungskette einschließlich Vertrieb und Vermarktung, auch als Downstream bezeichnet. In Brasilien betreibt das Unternehmen selbst Saatgut-Zuchtbetriebe (wie MONSOY) und zwei Produktionsanlagen für das glyphosat-basierte Herbizid ROUNDUP, die für den Inlandmarkt bestimmt sind. In Argentinien produziert BAYER Herbizide auf Glyphosat-Basis in den MONSANTO-Werken in Zárate und Rojas. Von dort werden die Produkte nach Uruguay, Bolivien und Paraguay geliefert. Zudem ermöglicht BAYER auch Drittunternehmen durch kommerzielle Lizenzvereinbarungen den Zugang zu seiner Biotechnologie für die Sojaproduktion.

Christian Schliemann-Radbruch, Co-Leiter des Programmbereichs „Wirtschaft und Menschenrechte“ des ECCHR, hebt die Wichtigkeit der Sorgfaltsprüfung in der gesamten Wertschöpfungskette hervor: „Firmen wie BAYER oder BASF, die sehr viel chemischen Input für die industriell-



Der Countdown läuft: Noch 6 Minuten 58 Sekunden AktionärInnen-Demokratie für Silvia Rojas Castro vom ECCHR

le Landwirtschaft produzieren und damit Menschen Gefahren aussetzen, sind nicht von deutschen Regelungen wie dem Lieferkettengesetz (LkSG) erfasst. Zu den Gefahren zählen das Versprühen von Pestiziden ohne Schutzkleidung, Pestizid-Rückstände in Böden oder Flüssen und schwere Gesundheitsschäden. Sie verkaufen ihre Produkte, tragen aber keine menschenrechtliche Verantwortung für vorhersehbare Schäden bei der Nutzung ihrer Produkte. Werden jedoch die OECD-Leitsätze für eine nachgelagerte Sorgfaltsprüfung herangezogen, ergibt sich ein ganz anderes Bild.“

Klar ist, dass BAYER, ebenso wie zuvor MONSANTO, aus dem südamerikanischen Markt für GV-Soja und Pestizide nicht mehr wegzudenken ist. Der Konzern fördert in Südamerika ein Agrarmodell, welches aus einem Bündel von giftigen Pestiziden auf Glyphosat-Basis (wie ROUNDUP) und dagegen resistentem GV-Sojasaatgut besteht. Dieses sogenannte „Technologiepaket“ wird von der Agrarindustrie als besonders „effizienzsteigernd“ für den Sojaanbau angepriesen. Doch die verheerenden Auswirkungen auf Mensch und Umwelt werden in diese Effizienz-Diagnose nicht miteinbezogen.

Mensch und Umwelt leiden

Insbesondere indigene und bäuerliche Gemeinschaften in den Soja-Anbaugebieten in Argentinien, Brasilien, Paraguay und Bolivien leiden unter schwerwiegenden Folgen aufgrund der hohen Landkonzentration für den GV-Sojaanbau und des intensiven Einsatzes von giftigen Pestiziden. Diese Praktiken verletzen zunehmend ihre Rechte auf Land, Nahrung, Gesundheit und eine gesunde Umwelt.

Da der intensive Sojaanbau große Landflächen beansprucht, dehnt sich die Produk-

tion zunehmend in rechtmäßig indigenen und ländlichen Gemeinschaften zustehende Gebiete aus. Damit einher gehen zahlreiche sozio-territoriale Konflikte um Landrechte, wodurch lokale Gemeinschaften daran gehindert werden, in Sicherheit, Frieden und im Einklang mit ihren Traditionen zu leben. Diejenigen AnwohnerInnen des Gebietes, die sich der Expansion der industriellen Landwirtschaft widersetzen, werden oftmals gewaltsam vertrieben oder kriminalisiert. Mit dem Ziel, Land für die Ausweitung von Sojaplantagen zu gewinnen, kommt es in den betroffenen Regionen häufig zu illegalen Vertreibungen, Landenteignungen, bewaffneten Angriffen oder Einschüchterungsversuchen gegenüber indigenen Gemeinschaften. In Paraguay zum Beispiel werden Mitglieder der bäuerlichen Gemeinschaft in der „Colonia Yvypé“ von den Sojaproduzenten zu Unrecht der Landnahme beschuldigt und wegen Verteidigung ihres rechtmäßigen Landbesitzes strafrechtlich verfolgt und inhaftiert. Außerdem versuchen große Getreidehersteller, die indigene Bevölkerung einzuschüchtern und zu schädigen, indem sie absichtlich Pestizide auf indigenes Land sprühen. Dabei ist das Sprühen von Pestiziden auf indigene Territorien illegal und stellt einen direkten Angriff auf die körperliche Unversehrtheit der Bevölkerung dar. Das angespannte Verhältnis zwischen Sojaproduzenten und indigenen Gemeinschaften zeigt sich auch am Kampf der indigenen Dörfer der Avá-Guaraní in Paraná/Brasilien, welche auf ein immer kleiner werdendes Stück ihres traditionellen Landes zurückgedrängt werden und von der Kontamination ihrer Wasser- und Nahrungsquellen betroffen sind.

Die Ausweitung des Sojaanbaus, der exzessive Einsatz von giftigen Pestiziden, oft wenige Meter von den Häusern der



lokalen Gemeinschaften entfernt, und die Missachtung von Pufferzonen gefährden zudem das Recht auf Gesundheit und Nahrung. Subsistenzkulturen und Ernährungssysteme werden durch den Pestizid-Einsatz zerstört, was zu einem drastischen Rückgang der Qualität und Quantität der Nahrungsmittel führt. Neben der Gefährdung der Ernährungssouveränität berichten AnwohnerInnen von schwerwiegenden chronischen Krankheiten und Vergiftungen wie Krebs, Schlaganfällen, Zysten, Atemwegs- und Knochenerkrankungen bis hin zu tödlichen Folgen. Auch in städtischen Randgebieten, wie im Fall von Pergamino in Argentinien, wo Soja-plantagen zunehmend die Stadt umgeben, entstehen durch die Ausweitung des Anbaus ähnliche Probleme wie für indigene und bäuerliche Gemeinschaften. Sabrina, eine Frau und Mutter aus Pergamino, litt unter schwerwiegenden Gesundheitsproblemen wie Fehlgeburten, Schlaganfällen, Knochenzysten und Atemwegsbeschwerden, die direkt mit dem Pestizidsprühen in der Nähe ihres Dorfes in Verbindung gebracht werden konnten. Medizinische Untersuchungen ergaben hohe Konzentrationen von Glyphosat und seinem Abbauprodukt Aminomethylphosphorsäure (AMPA) im Urin von Sabrina und ihren Kindern. Ermittlungen auf den betroffenen Feldern ergaben Beweise für die Verwendung von Glyphosat, das unter der Handelsmarke MONSANTO S. A., jetzt BAYER, vertrieben wurde. Eine weitere Folge des Soja-Agrarmodells sind verheerende Umweltschäden in der Region. Sojaanbau ist derzeit die zweit-

größte Ursache für die Abholzung der tropischen Wälder weltweit. Besonders gravierend ist das Problem in Südamerika, wo Schätzungen zufolge zwischen den frühen 1990er Jahren und 2017 jedes Jahr mehr als zwei Millionen Hektar Wald gerodet wurden, um Platz für den GV-Sojaanbau zu schaffen. In Brasilien und Bolivien beispielsweise ist der Verlust an Primärwäldern weltweit mit am höchsten. Die Abholzung für großflächige Sojaplantagen bedroht einige der weltweit wichtigsten Ökosysteme in Südamerika, wie den Amazonas, den Atlantischen Regenwald, Cerrado, Gran Chaco und die Chiquitania. In der Region Santa Cruz de la Sierra in Bolivien lässt sich die großflächige Abholzung von Wald zwischen 2011 und 2022 (insgesamt 436.000 Hektar) in direkten Zusammenhang mit dem Sojaanbau setzen. Diese Auswirkungen gefährden nicht nur die Anpassungsfähigkeit der natürlichen Ökosysteme an den Klimawandel, sondern auch das Recht der lokalen Gemeinschaften auf eine saubere, gesunde und nachhaltige Umwelt. Denn durch den Glyphosateinsatz werden Wasserquellen verschmutzt, Subsistenzkulturen zerstört sowie die lokale Tierwelt und Artenvielfalt bedroht.

Die Beschwerde im Detail

Die OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen verpflichten Unternehmen aus den 51 Unterzeichnerstaaten, bei ihren Auslandsgeschäften internationale Menschenrechtsstandards zu wahren und mögliche negative Auswirkungen in Verbindung mit ihrer Geschäftstätigkeit zu

minimieren. Eine Beschwerde kann bei der Nationalen Kontaktstelle (NKS) des Landes eingereicht werden, in dem das Unternehmen seinen Sitz hat oder tätig ist. Da die BAYER AG in Leverkusen ansässig ist, wurde die Beschwerde bei der deutschen NKS eingereicht. Bei den Beschwerdeführenden handelt es sich um eine Koalition von Menschenrechts- und Umweltorganisationen aus fünf Ländern, CELS aus Argentinien, TERRA DE DIREITOS aus Brasilien, BASE-IS aus Paraguay, FUNDACIÓN TIERRA aus Bolivien, sowie MISEREOR und das ECCHR aus Deutschland. In der Beschwerde wird argumentiert, dass BAYER seine menschenrechtlichen und ökologischen Sorgfaltspflichten in der nachgelagerten Wertschöpfungskette in Südamerika nur unzureichend umsetzt und somit gegen die OECD-Leitsätze verstößt. Obwohl BAYER maßgeblich von dem Agrargeschäft in Südamerika profitiert, hat das Unternehmen keine angemessene Menschenrechts- und Umweltpolitik, die die vorhersehbaren Auswirkungen und Risiken für Mensch und Umwelt in den vier betroffenen Ländern berücksichtigt. Vielmehr fördert BAYER durch das Geschäft mit GV-Sojasaatgut und Pestiziden auf Glyphosat-Basis die Entwicklung des verheerenden Agrarmodells und trägt zur Verletzung der Rechte auf eine gesunde Umwelt, Gesundheit, Nahrung und Land bei. BAYER muss sein Geschäftsmodell in Südamerika anpassen und die Sorgfaltspflichten entsprechend erhöhen. Die deutschen Regelungen, insbesondere das Lieferkettengesetz (LkSG), berücksichtigen Unternehmensaktivitäten in der

express
ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE
BETRIEBS- & GEWERKSCHAFTSARBEIT

Ausgabe 4/24 u.a.: Stephan Krull: »Etappensieg für IG Metall« - BR-Wahl bei Tesla | Charly Außerhalb: »SPD wieder auf Kurs« - Hartz IV und Verschärfung der Bürgergeldsanktionen | Miltiadis Oulios: »Brauchen wir einen Klima-Kommunismus?« | Valentin Niebler: »Marginalisierung oder Gegenmacht?« - Organisation Tech-Industrie | Birgit Daiber: »Das schöne Gesicht des Faschismus« - Meloni und italienische Zustände | Bernd Gehrke: »Hinterm Horizont geht's weiter...« - Ukraine-Debatte

Probelesen?! Kostenfreies Exemplar per mail anfordern

Niddastr. 64 VH · 60329 FFM
express-afp@online.de
www.express-afp.info

contraste
zeitung für selbstorganisation
478-479 41. JAHRGANG JULI-AUGUST 2024 4'50 EUR



SCHWERPUNKT
Internationale
Bewegung
»Catholic Worker«

www.contraste.org

nachgelagerten Wertschöpfungskette bisher nicht ausreichend, weshalb auch die Vorwürfe dieser Beschwerde nicht unter den Anwendungsbereich des deutschen LkSG fallen. Dennoch argumentiert das Bündnis, dass sich deutsche Unternehmen an die OECD-Leitsätze und die UN-Leitlinien für Wirtschaft und Menschenrechte halten sollten, die beide eine nachgelagerte Sorgfaltsprüfung in der Lieferkette vorsehen.

Ausblick

Nach der Einreichung hat die deutsche NKS drei Monate Zeit (also bis Ende Juli), um über die Zulässigkeit der Beschwerde zu entscheiden. Auch wenn die NKS keine Sanktionen verhängen kann, hofft das Bündnis auf eine Mediation durch die OECD zwischen den BeschwerdeführerInnen bzw. Betroffenen und dem Unternehmen. Die Beschwerde wurde im Vorfeld der jährlichen Aktionärsversammlung von BAYER eingereicht. Bei der virtuellen Hauptversammlung am 26. April 2024 kamen auch die Beschwerdeführenden dieses Bündnisses mit Redebeiträgen zu Wort. Die Organisationen erwarten von BAYER, dass das Unternehmen aktiv auf die Beschwerde reagiert und zur Lösung der Probleme beiträgt.

Am Tag der Beschwerde-Einreichung versammelte sich die Gruppe von MenschenrechtsverteidigerInnen, die aus den vier beschwerdeführenden Ländern angereist waren, vor dem „Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz“ zur symbolischen Einreichung ihrer Beschwerde bei der deutschen Nationalen Kontaktstelle.



Luna Miguens (CELS)

Daisy Ribeiro von der brasilianischen Organisation Terra de direitos beschreibt vor Ort ihr Gefühl am Tag der Beschwerde-einreichung: „Wir haben viele Jahre an diesem Fall gearbeitet und haben große Erwartungen. Wir erwarten nicht nur, dass sich das Unternehmen mit uns zusammensetzt und darüber spricht, wie es seine Praktiken verbessern kann, sondern auch, dass wir diesem Fall und den Menschenrechtsverletzungen, die in allen Ländern Südamerikas vorkommen, Sichtbarkeit verschaffen, insbesondere in den Ländern, die Beispiele für diesen Fall liefern.“ Im Hintergrund rief die Gruppe von MenschenrechtsverteidigerInnen: „¡Alerta, alerta, alerta que camina, la lucha campesina por América Latina!“, was übersetzt bedeutet: „Achtung, der Kampf der LandarbeiterInnen für Lateinamerika ist in vollem Gange!“ ←

Mehr Informationen zu dem Fall sind abrufbar unter: [https://www.ecchr.eu/fall/BAYERS-agrarmodell-in-suedamerika-verstoest-gegen-oecd-leitsaetze/!](https://www.ecchr.eu/fall/BAYERS-agrarmodell-in-suedamerika-verstoest-gegen-oecd-leitsaetze/)

¹Martha Bracklo arbeitet in der Stabstelle Medien und Kommunikation beim ECCHR

Mit dieser Beschwerde unterstützt das ECCHR die südamerikanischen Organisationen in ihrem Kampf für die Menschenrechte und den Schutz der Umwelt im Agrarsektor und setzt sich dafür ein, dass deutsche Unternehmen wie die BAYER AG für ihr Handeln und die daraus resultierenden negativen Auswirkungen zur Verantwortung gezogen werden.



institut für sozial-ökologische wirtschaftsforschung e.V. analysen. fakten. argumente.

Matthias Gast

WASSER

Ökosystem in Gefahr

Die Bedrohung unserer Lebensgrundlage



Schutzgebühr: 4,00 Euro

ISW REPORT NR. 137
Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung e.V.

Das Wasser, unsere Lebensgrundlage, ist in Gefahr. Bedroht wird die immer knapper werdende Ressource von vielen Seiten. Der Autor geht auf die einzelnen Bedrohungen ein: die Belastung durch die Industrie und die industrielle Landwirtschaft, überflüssigen Konsum sowie das Fracking und Umweltkatastrophen; und nicht zuletzt: Kriege. Massiv verschärft wird die Situation durch die begonnene Klimakatastrophe.

Was müsste getan werden, um die überlebenswichtige Ressource Wasser zu schützen, sorgsam zu nutzen und gerecht zu verteilen? – Diese Frage zieht sich durch alle Abschnitte und wird ausführlich im letzten Kapitel behandelt.

isw-report 137 Mai 2024 / 42 S. / 4,00 EUR + Versand

In weniger als einem Vierteljahrhundert hat sich in der Weltwirtschaft eine Kräfteverschiebung zu Gunsten der BRICS-Länder ergeben. Ihre Herangehensweise hat eine große Anziehungskraft für andere Schwellenländer.

isw-spezial 38 Januar 2024 / 16 S. / 2,00 EUR + Versand

Alle isw-Publikationen: www.isw-muenchen.de

isw e.V., Johann-von-Werth-Straße 3, 80639 München.
fon 089-130041, fax 168 94 15, isw_muenchen@t-online.de

Fred Schmid

BRICS

Gegenpol zu G7

Der Kampf um eine neue Weltordnung



Schutzgebühr: 2,00 Euro

ISW SPEZIAL-NR. 38

Konzern-Kritik auf allen Kanälen

BAYER-Hauptversammlung '24

Foto: Bodo Schmitz (www.mutbuergerdokus.de)



Die Kundgebung

Auch 2024 flüchtete BAYER vor der zu erwartenden Konzern-Kritik wieder ins Internet. Aber die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN stellte den Agrar-Riesen auch dort und ließ es sich darüber hinaus nicht nehmen, Protest in Präsenz zu zeigen und vor dem Stammsitz in Leverkusen eine Kundgebung abzuhalten.

Von Marius Stelzmann

Viele großen deutschen Konzerne halten ihre Hauptversammlungen mittlerweile wieder in Präsenz ab. BAYER tut das skandalöserweise nicht und bleibt beim Online-Format – ein ganz klarer Versuch, es dem Protest gegen den Kurs des Vorstandes schwerer zu machen. Hiervon hat die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) sich aber nicht entmutigen lassen. Ihr ist es gelungen, kritische SprecherInnen aus Ländern wie Bolivien, Brasilien, Paraguay, Argentinien,

Frankreich und natürlich aus Deutschland zu gewinnen. Die internationale Zusammensetzung der mobilisierten SprecherInnen zeigt, dass BAYER-Produkte weltweit Schäden an menschlicher Gesundheit und Umwelt anrichten. Bereits bevor die Vorbereitungen für die diesjährige HV begonnen hatten, war der CBG jedoch klar, welchen Schwerpunkt sie dieses Jahr setzen würde: Die angekündigte Arbeitsplatzvernichtung. Wieder einmal sind es nämlich die Belegschaften, die für Feh-

ler des Vorstandes büßen müssen. Sie zahlen jetzt die Zeche dafür, dass es das Management nicht geschafft hat, mit den Glyphosat-Geschädigten eine gütliche und faire Einigung zu finden und stattdessen in Treue fest zu dem Herbizid hält. Und sie zahlen dafür jetzt schon zum zweiten Mal die Zeche. Bereits ab Ende 2018 war es wg. Glyphosat zur Vernichtung von 12.000 Arbeitsplätzen gekommen. Deshalb brachte die Coordination im Rahmen der HV ganz klar zum Ausdruck: Für

die verbrecherische Konzernpolitik, Glyphosat mit allen Mitteln auf dem Markt zu halten, muss der Vorstand geradestehen, nicht die Beschäftigten! Statt verzweifelt zu versuchen, aus dem Produkt noch den letzten Tropfen Gewinn auszupressen, fordert die CBG: Glyphosat-Stopp statt Arbeitsplatzvernichtung – Für Umweltschutz und sichere Arbeitsplätze! Mit dieser Forderung hat sie einem Kernmotto von ihr neues Leben eingehaucht, es für einen neuen Kampf aktualisiert. Und unter diesem Vorzeichen ist die CBG dann auch in die Vorbereitungen gezogen.

Natürlich hat sie sich auch dieses Jahr nicht nur auf Glyphosat und dessen katastrophalen Folgen für Mensch, Tier und Umwelt fokussiert. Die CBG bringt stets ein breites Spektrum von BAYERs Kapitalverbrechen auf die Tagesordnung der Hauptversammlung und bemüht sich, Vorstand und AktionärInnen möglichst alle Risiken und Nebenwirkungen der Geschäftspolitik aufzuzeigen. Am besten repräsentiert durch RednerInnen, die von dieser selbst betroffen sind und anhand ihrer eigenen Geschichte minutiös belegen können, wie der Vorstand dem Profit den Vorrang vor Gesundheit und Umweltschutz gibt. Dieses Jahr setzte die Coordination neben Glyphosat folgende Themenschwerpunkte: Arbeitsplatzvernichtung, Agent Orange, Pestizide, Online-Hauptversammlungen, PCB, Duogynon, Gentechnik und Klimawandel. Zu vielen dieser Themen hat die CBG auch Gegenanträge auf der HV gestellt.

Die Vorbereitung

Im mittlerweile fünften Jahr der virtuellen Hauptversammlungen bei BAYER stellen sich der Coordination zahlreiche Herausforderungen, die zu bewältigen sind. Die virtuelle Hauptversammlung sperrt die Masse der AktionärInnen aus. Niemand reist mehr an, um den Vorstand direkt zu konfrontieren. Die Konzern-KritikerInnen konnten früher direkt mit den AktionärInnen, die auf Einlass warteten, kommunizieren. Sie hatten die Möglichkeit, Flugblätter zu verteilen und mit den BesucherInnen zu diskutieren. Ergo reisten AktivistInnen oftmals von weither an, um diese Chance zu nutzen. Riesige Installationen aus großen Heuballen, mehreren Traktoren mit Anhängern und anderem waren keine Seltenheit. ImkerInnen brachten ihre komplette Ausrüstung mit und verstreuten in eindringlichen Aktionen verendete Bienen, um gegen die tödlichen Pestizide des Unternehmens zu protestie-

ren. Mit der virtuellen Hauptversammlung entfällt das alles. Die Mobilisierung wird daher herausfordernder.

BAYERs Flucht ins Internet hat allerdings auch schädliche Effekte für den Konzern selbst. Durch den Rückzug von AktionärInnen aus der HV erhalten die kritischen Stimmen, die die CBG standhaft weiter organisiert, noch mehr Gewicht und dominieren das Programm im Verhältnis noch stärker. Der gleiche Effekt zeigt sich bei der Presseberichterstattung: Die HV selbst generiert quasi kein Bildmaterial, das PressevertreterInnen benutzen können, da es neben den von der Aktiengesellschaft selbst angebotenen Hochglanz-Fotos aus dem Studio BAYER nur öde, immergleiche Screenshots vom Computerbildschirm gibt. Deshalb nutzen PressevertreterInnen als Illustration für ihre Berichte lieber die CBG-Aktionen vor der Konzernzentrale als Bildquelle. BAYER kann das kaum recht sein.

In den vergangenen Jahren hatte die CBG stets Aktionsideen mit großer Bildkraft an den Start gebracht. 2022 inszenierten die KunstperformerInnen der „Red Rebels“ von EXTINCTION REBELLION vor den Türen des Leverkusener Multis eine Prozession als stumme Anklage der Zerstörung der natürlichen Lebensräume durch BAYER. 2023 fand vor der BAYER-Konzernzentrale die feierliche Übergabe des „goldenen Glyphosatkanisters“ statt, um den BAYER-Vorstand für seine Verbrechen gegen Mensch und Umwelt gebührend zu würdigen. Auch diesmal wollte die CBG ihre Forderungen an den BAYER-Konzern wieder plastisch machen. Sie entschied sich daher, vor der Konzernzentrale ein riesiges Transparent zu entrollen und dieses mit einer Drohne aus der Luft zu fotografieren – ein deutliches, übergroßes Zeichen an Vorstand und Öffentlichkeit dafür, dass der Global Player mit seiner Konzernpolitik in eine Katastrophe steuert. Als Motiv wählte die Coordination die oben bereits erwähnte Losung „Glyphosat-Stopp statt Arbeitsplatzvernichtung – Für Umweltschutz und sichere Arbeitsplätze!“ Eine weitere Schwierigkeit, die sich BAYER mit dem Online-Format einhandelte, war die nun faktisch gegebene Erreichbarkeit der virtuellen Hauptversammlung für alle Welt. Zwar hatte die CBG stets internationale AktivistInnen zur HV mobilisiert, für diese mussten jedoch stets Anreise, Unterbringung und die Sicherheit, rechtzeitig am Ort der HV einzutreffen, gewährleistet sein. Während der Aggro-Riese mit der virtuellen HV eine Zugangs-

schranke für tausende KleinaktionärInnen aus Deutschland einrichtete, war die Teilnahme für internationale AktivistInnen leichter geworden. Lediglich eine Hürde hatte BAYER noch lange aufrechterhalten, die internationale Gäste nachhaltig ausschloss: Die Sprachbarriere. Nach Forderung des Konzerns mussten alle SprecherInnen ihre Reden auf Deutsch halten – ein offensichtlicher und effektiver Ausschluss-Mechanismus. Die CBG kritisiert dieses offensichtliche Sprechverbot bereits seit Langem und forderte immer wieder dessen Abschaffung. In diesem Jahr hatte sie damit endlich Erfolg. Bereits 2023 hatte die Sprachbarriere zu bröckeln begonnen – eine Sprecherin durfte ihre Rede auf Englisch halten. Im Vorfeld hatte der Konzern dies allerdings abgestritten und den möglichen SprecherInnen der CBG so den Zugang verwehrt. Nach dem Präzedenzfall und zudem einem US-amerikanischen Vorstandsvorsitzenden, der 2024 seine erste Hauptversammlung in dieser Funktion bestreiten und das in englischer Sprache tun würde, hatte BAYER endgültig keine Argumente mehr, sich den Zeichen der Zeit zu widersetzen. Der Konzern erlaubte daher AktivistInnen, Englisch zu sprechen und sorgte für eine Simultan-Übersetzung. Die Coordination konnte daher ihren BündnispartnerInnen, die auf diese Gelegenheit schon lange gewartet hatten, endlich grünes Licht geben. Dementsprechend stark war das SprecherInnen-Feld dieses Mal international geprägt. Fast die Hälfte der Mobilisierten stammte nicht aus dem deutschen Sprachraum. Die CBG ist sehr froh über diesen Erfolg, da sie kontinuierlich an der Verbreiterung ihrer Reichweite arbeitet, und höchst motiviert, in den nächsten Jahren noch mehr AktivistInnen aus allen Teilen der Welt hinter sich zu versammeln, um den BAYER-Vorstand mit seinen Verbrechen zu konfrontieren.

Die CBG in Brüssel

Ein besonders spannender Höhepunkt bei der diesjährigen Mobilisierung und Bündnisarbeit erwuchs ebenfalls aus dem internationalen Charakter. Die Chance, noch mehr ausländische Kontakte zu gewinnen und ihre Anliegen bekannter zu machen, erhielt die CBG von der Kampagne SECURETS TOXIQUES. Sie lud die Coordination kurz vor der BAYER-Hauptversammlung nach Brüssel ins Europa-Parlament ein. Eine Gelegenheit, die sich für die CBG bis dahin noch nicht geboten hatte. Der Anlass: Im Europa-Parlament fand ein





Symposium und eine Anhörung mit Abgeordneten unterschiedlicher Parteien, Gewerkschaften, LandwirtInnen, NGOs und AktivistInnen statt. Das Thema war eines, das die Coordination bereits seit Langem umtreibt: Die Zukunft der europäischen Landwirtschaft ohne Glyphosat und andere schädliche Pestizide. Umso wichtiger, auch andere Engagierte aus diesem Bereich kennenzulernen. CBG-Geschäftsführer Marius Stelzmann fuhr daher nach Brüssel, um das Europa-Parlament zu besuchen. Durch den Einsatz von solidarischen Abgeordneten konnten die AktivistInnen das Parlamentsgebäude betreten und an dem Symposium teilnehmen.

Interessant waren vor allem die internationalen Gewerkschaftsperspektiven, die klar zeigten, dass die Umweltbewegung eines begriffen hat: Ohne eine breite Vernetzung mit den ArbeiterInnen kann keine Bewegung dauerhaft stark, präsent und erfolgreich sein. Vor Ort gelang es der CBG, sowohl Kontakt mit kritischen GewerkschafterInnen aus Frankreich aufzunehmen als auch mit dem französischen Wissenschaftler Gilles-Éric Séralini. Der Biologe der Universität Caen ist weltbekannt für seinen beharrlichen Kampf gegen BAYER/MONSANTO, in dessen Verlauf der Agro-Riese immer wieder versuchte, die Reputation Séralinis zu zerstö-

ren, hatte dieser doch Beweise für die Giftigkeit von Glyphosat veröffentlicht. Die Zeit war ein bisschen zu knapp dafür, all die Brüsseler AktivistInnen zur Teilnahme an der diesjährigen Hauptversammlung zu bewegen, aber zum Abschluss des Tages wurden Strategien diskutiert, um für 2025 eine veritable „Internationale“ der BAYER-KritikerInnen zu organisieren. Die CBG bemüht sich immer, ein möglichst breites Bündnis von AktivistInnen zusammenzubekommen. Und das schaffte sie auch dieses Jahr. Dabei kommt der Coordination zugute, dass sie in viele Netzwerke eingebunden ist. So gehört sie dem europaweiten NGO-Bündnis STOP GLYPHOSATE-COALITION an. Aus dessen Reihen konnte sie einige MitstreiterInnen gewinnen, die entweder auf der HV oder auf unserer Kundgebung vor Ort in Erscheinung traten. Sie stießen zu den alten Fahrensmännern und -frauen der Coordination und stärkten so die Konzern-Kritik noch einmal. Insgesamt gelang es, zum 26. April folgende Gruppen zu mobilisieren: Die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL), die Kampagne SECRETS TOXIQUES, PARENTS FOR FUTURE Leverkusen, Die LINKE Leverkusen, DIE PARTEI Leverkusen, ECCHR, MISEREOR,



Kriegshetze to go?

Nicht mit uns!

1.400 Probeabos
für den Frieden!





2 Wochen testen.

Das kostenlose Probeabo endet automatisch und muss nicht abbestellt werden.

jungewelt.de/probeabo • Abotelefon: 0 30/53 63 55-84 • abo@jungewelt.de

TESTBIOTECH, VEREIN DER EHEMALIGEN HEIMKINDER IN SCHLESWIG-HOLSTEIN E. V., den BUND DER DUOGYNGESCHÄDIGTEN E. V., CELS, TERRA DE DIREITOS, FUNDACIÓN TIERRA, BASE INVESTIGACIONES SOCIALES, COLLECTIF VIETNAM DIOXINE, COMITÉ ECOLOGIQUE ARIÉGEOIS, INFORMATIONSBÜRO PERU, EQUIDAID, TERRE D'ABEILLES, sowie zahlreiche Einzelpersonen. Ein besonderer Dank geht an Andy Battentier von Secrets Toxiques und an Silvia Rojas-Castro vom ECCHR, die beide viele der internationalen Gruppen an die CBG vermittelt und es so ermöglicht haben, deren AktivistInnen für Reden auf der HV zu gewinnen.

Die HV

Am Tag der Hauptversammlung selbst konnte die Coordination gegen BAYER-Gefahren ihren Anspruch, eine kraftvolle Protestpräsenz sowohl in der virtuellen Welt als auch in der realen zu errichten, abermals umsetzen. Vor der BAYER-Zentrale in Leverkusen war auch neben der Präsentation des Riesentransparents der Coordination so einiges los. Ein besonderer Dank geht hier an unsere BündnispartnerInnen von der ARBEITSGEMEINSCHAFT BÄUERLICHE LANDWIRTSCHAFT, die zur

Kundgebung mit zwei Traktoren mitsamt Anhängern vorfuhr, um ihre Kritik an dem von BAYER verkörperten agro-industriellen Modell in der Höhle des Löwen vorzubringen. Für musikalische Zwischenspiele sorgten die Ariens-Schwester, und die Leviten lasen dem Konzern gleich fünf RednerInnen. Neben Brigitte Hincha-Weisel vom CBG-Vorstand ergriffen an dem Morgen noch die CBG-Mitglieder Lars-Ulla Krajewski und Rolf Brombach sowie Annemarie Volling von der AbL und Andy Battentier von SECRETS TOXIQUES das Wort. Sie setzten unter anderem Themen wie „Glyphosat“, die „Neuen Gentechniken“, „Arbeitsplatzvernichtung“ und „PCB“ auf die Agenda.

Der Leverkusener Multi versuchte indes, die zivilgesellschaftliche Meinungsäußerung vor der Konzernzentrale zu unterbinden. Die Drohne, die notwendig war, um die Luftaufnahmen von dem Riesentransparent zu machen, durfte vor seiner Haustür nicht starten. Unter 100 Metern Entfernung vom Stammsitz ging nichts: Für die Fotos aus der Luft musste die CBG daher Abstand halten. Ein klarer Angriff auf das Recht, eine Versammlung durchzuführen und auch zu dokumentieren. Die AktivistInnen ließen sich allerdings nicht

entmutigen, die Kundgebung an sich fand wie immer direkt vor der Zentrale statt. Aus der virtuellen Hauptversammlung bekam BAYER die CBG ebenfalls nicht heraus. Mit 18 von insgesamt 30 Redebeiträgen bestimmte sie eindeutig den Programmablauf. Ganze Blöcke waren nur mit kritischen Stimmen zur Konzernpolitik gefüllt. Doch damit nicht genug: Darüber hinaus ergriffen noch weitere nicht von der CBG mobilisierte KritikerInnen das Wort. Der Vorstand behalf sich, wie in diesem Rahmen üblich, bei der Beantwortung der vielen Fragen mit abgelesenen Phrasen sowie seit Jahren gebrauchten Textbausteinen und verwies überdies zum Teil einfach auf Antworten, die er vorher in anderen Kontexten gegeben hatte.

Auch bei den Gegenanträgen zur Hauptversammlung war die Coordination gut vertreten. Neun an der Zahl reichte sie insgesamt ein – und dominierte damit das Feld. Da ihr diese Erfolge auf der Hauptversammlung trotz erheblichen Widerstands von Seiten BAYERs auch 2024 wieder gelungen sind und sie in Brüssel neue Weggefährten gefunden hat, sieht die Coordination optimistisch in die nächste HV-Zukunft. ←

Halten Sie Menschenrechte und Umweltschutz für Standortnachteile, die beseitigt werden müssen?

Dann werden Sie in Ossietzky keine Bestätigung finden.

Der Kapitalismus hat keinen Respekt vor Grenzpfählen, Landesfarben und nationalen Ideologien. Vor letztern am wenigsten, denn er bezahlt ja meistens ihre Erfinder.

Carl von Ossietzky in
Die Weltbühne,
17. Februar 1931

alle zwei Wochen neu



Halten Sie globale Verantwortung für einen militärischen Auftrag, den die Bundeswehr zu erfüllen hat? Dann wird Ihnen Ossietzky nicht zusagen.

Diese geistige Militarisation, der fast alle Parteien hemmungslos unterliegen, ist unsittlich, verabscheuenswert und infam. Sie wird ihre blutigen Früchte tragen – und auch das nächste Mal wird niemand, niemand schuld sein.

Kurt Tucholsky 1927

Ossietzky Verlag GmbH
Siedendolsleben 3
29413 Dähre
Telefon: 039031.950 596

Glauben Sie daran, dass Löhne gesenkt und Arbeitszeiten verlängert werden müssen, damit die Unternehmer viele neue Arbeitsplätze schaffen? Wenn Sie diesen Glauben nicht verlieren wollen, dürfen Sie keinesfalls Ossietzky lesen.

Wenn schon gespart werden soll, dann möge man bei Militär und Marine anfangen, anstatt deren weitere Hypertrophie auf Kosten des Sozialtats zu dulden.

Carl von Ossietzky in
Die Weltbühne,
17. Dezember 1929

www.ossietzky.net

Konzern-Kritik x 18

Mehr Gegenreden als Reden



Versammlungsleiter Norbert Winkeljohann mit der BAYER-Crew im Hintergrund

18 Konzern-KritikerInnen ergriffen auf BAYERs diesjähriger virtueller Hauptversammlung das Wort und nahmen sie damit über weite Strecken in Beschlag. Die AktivistInnen sorgten dafür, dass die Anliegen der Kundgebung vor der Unternehmenszentrale in Leverkusen auch online Gehör fanden und setzten darüber hinaus noch zahlreiche weitere Risiken und Nebenwirkungen der gnadenlosen Profit-Jagd auf die Tagesordnung.

Von Jan Pehrke

Bevor die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) auf der BAYER-Hauptversammlung in medias res ging, ging sie in medias media und brachte deutlich ihre Missbilligung des Online-Formats zum Ausdruck. „Es gibt keinerlei objektive Gründe mehr dafür, nur subjektive. Und diese bestehen einzig darin, dass der Vorstand sich Konzern-Kritik buchstäblich vom Leib halten und sich mit Medikamenten-Geschädigten, Gentechnik-Gegnern, Umweltaktivisten und anderen nicht mehr

direkt konfrontieren will“, hielt der Autor dieser Zeilen der ManagerInnen-Riege vor. Er stellte klar, dass die Coordination sich mit BAYERs Flucht ins Internet nie abfinden und darauf immer auch mit Protest in Präsenz antworten wird. Dabei verwies er auf die Kundgebung am Morgen vor der Konzern-Zentrale in Leverkusen. Die CBG hatte dort die massive Arbeitsplatzvernichtung beim Global Player zum Thema gemacht, und **Jan Pehrke** trug das nun auch in die Hauptversammlung

selbst. „Die Beschäftigten zahlen jetzt die Zeche dafür, dass es das Management nicht geschafft hat, mit den Glyphosat-Geschädigten eine gütliche und faire Einigung zu finden. Und sie zahlen dafür jetzt schon zum zweiten Mal die Zeche“, warf er dem Vorstand vor, das Rationalisierungspaket von Ende 2018 in Erinnerung rufend. Der Konzern hätte schon oft die Gelegenheit gehabt, die Akte „Glyphosat“ zu schließen, setzte aber lieber auf rechtliche Winkelzüge und Extrem-Lobbyismus

wie etwa die Lancierung eines neuen Pestizid-Gesetzes in den USA mit Landwirtschaftsverbänden als Vorhut, kritisierte der CBGler.

Mit Glyphosat hatte sich die Kundgebung ebenfalls schon beschäftigt – die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) hatte es dort neben der Gentechnik zum Thema gemacht – und es sollte nicht bei einer einmaligen Online-Erwähnung bleiben. **Gottfried Arnold** sprach als ehemaliger Kinderarzt über alarmierende Glyphosat-Belastungen von Kindern und Jugendlichen und ging hart mit dem Vorstand ins Gericht. „Ein möglicherweise krebserzeugendes Produkt auf dem Markt zu lassen, ist in ihren Augen vielleicht ein Geschäftsmodell, wenn man nebenwirkungsreiche Krebs-Medikamente in seinem Angebot hat (...) Für mich ist das allerdings menschenverachtend und völlig inakzeptabel!“, hielt der Mediziner fest.

Camille Bouquet von der französischen Organisation TERRE D'ABEILLES (Erde der Bienen) schilderte die verheerenden Effekte, die das von BAYER zumeist unter dem Produktnamen ROUNDUP vermarktete Mittel auf Bienen hat, weil es deren Nervenzentrum angreift. **Cornelia Mayer** vom COMITÉ ECOLOGIQUE ARIÉGEAIS und **Isabelle Georges** von SECRETS TOXIQUES (Geheime Gifte) legten das Augenmerk auf das, was sich in dem Herbizid – wie in den meisten anderen Ackergiften auch – außer dem eigentlichen Inhaltsstoff sonst noch so alles an Substanzen tummelt und munter Wechselwirkungen entfaltet. Beide Frauen forderten das Unternehmen auf, das für Prozesse, Entschädigungen und politische Landschaftspflege bereits stehende Geld in eine Agrar-Wende zu investieren. „Wäre es nicht klüger, diese Milliarden zu nutzen, um die Menschheit auf dem Weg zu einer Landwirtschaft zu begleiten, die alles Lebendige respektiert, hin zu einer echten Agrar-Ökologie?“, fragte Mayer.

Auch die Risiken und Nebenwirkungen der Gentechnik fanden Widerhall in der Hauptversammlung selbst. **Christian Then**, der für die Initiative TESTBIOTECH das Wort ergriff, berichtete von alarmierenden spanischen Studien mit BAYERS Gentechnik-Mais MON810. Demnach kann die Laborfrucht auskreuzen und ihre Eigenschaften – sie ist mit einem Protein versehen, das Maiszünsler tötet – auf die Ursprungspflanze des heutigen Mais, die Teosinte, übertragen. Gleichzeitig sorgte die Genfrucht noch für eine verfrühte Blüte und größere Exemplare, was das Wachs-



tum fördert. „Wenn jetzt der Anbau von MON810 in Spanien nicht gestoppt wird, dann droht die Entstehung von Populationen insekten-giftiger, transgener Wildpflanzen mit einer erhöhten Tendenz zur Ausbreitung“, warnte Then und forderte BAYER zu einem Vermarktungsstopp auf. Vor diesem Hintergrund kritisierte er auch den Lobby-Einsatz des Unternehmens dafür, den mit Hilfe von CRISPR/Cas und anderen neuen Gentechniken erschaffenen Gewächsen künftig die Risiko-Prüfungen zu ersparen. „Dabei lässt sich der Konzern offenbar vor allem von der Aussicht auf kurzfristige Gewinne leiten“, konstatierte der Gentechnik-Kritiker. Um die möglichen längerfristigen Folgen schert der Agri-Riese sich ihm zufolge dagegen nicht, die bürdet er künftigen Generationen auf. Darum wollte Christoph Then ganz konkret wissen, mit wie viel Umsatz der Vorstand durch CRISPR/Cas & Co. rechnet. Zudem erkundigte er sich nach dem Stand der Dinge bei Pestizid-Sprays und Mikroorganismen zur Verbesserung der Ackerboden-Qualität auf Gentechnik-Basis.

Die OECD-Klage

Den meisten Raum nahm an dem Tag jedoch der Bund ein, den die Gentechnik mit Glyphosat zu Lasten Dritter eingeht. Soja-Pflanzen mit dem Herbizid im Huckepack, auf dessen Gebrauch sie gentechnisch geeicht sind – dieses in Lateinamerika riesige Ackerflächen in Beschlag nehmende Duo Infernale hinterlässt nämlich eine Spur der Verwüstung. Weil das nach Einschätzung dortiger Menschenrechtsorganisation einen Verstoß gegen die Leitlinien der Industrieländer-Vereinigung OECD für multinationale Unternehmen darstellt, hatten die Gruppen – unterstützt von MISEREOR und dem EUROPEAN CENTER FOR CONSTITUTIONAL AND HUMAN

RIGHTS (ECCHR) – dazu im Vorfeld des AktionärInnen-Treffens eine Beschwerde bei der deutschen Kontaktstelle der OECD eingereicht. Die Begründung brachten sie nun der Hauptversammlung zu Gehör, und das gleich in mehrfacher Ausführung. Als „eines der tragischsten Beispiele“ für die desaströsen Auswirkungen des gegenwärtigen agro-ökonomischen Modells bezeichnete **Daisy Ribeiro** von der Initiative TERRA DE DIREITOS BAYERS Kombi-

GRÜNE LIGA Netzwerk Ökologischer Bewegungen

DER RABE RALF

Die Berliner Umweltzeitung

**Unkonventionelles und Hintergründiges aus der vielfältigen Umweltszene
Tipps, Termine & Adressen**

Kostenlos an vielen Berliner Auslageorten wie Bibliotheken, Bio- und Umweltsäden oder für jährlich 25 Euro per Abo ins Haus.

Kostenlose Probenummer:
DER RABE RALF
Prenzlauer Allee 8, 10405 Berlin
Tel. 030 / 44 33 91-47
raberalf@grueneliga.de
www.raberalf.grueneliga-berlin.de





Camille Bouquet (TERRE D'ABEILLES)

Pack. Die Verseuchung angrenzender Felder und die Verschmutzung des Wassers sind nicht die Ausnahme, sondern die Regel, so die Brasilianerin. Was das konkret bedeutet, machte **Luna Miguens** vom argentinischen CENTRO DE ESTUDIOS LEGALES Y SOCIALES (CELS) klar. Wegen der verunreinigten Flüsse und Brunnen sind einige Gemeinden auf Mineralwasser-Lieferungen angewiesen, berichtete sie. Auch Wohngebiete und Schulen geraten ihr zufolge in den aus Sprüh-Flugzeugen

kommenden Glyphosat-Regen, denn Mindestabstand-Regeln stehen nur auf dem Papier, und ein Übriges tut der Wind. „Das hat zu schwerwiegenden Gesundheitsproblemen (...) geführt“, klagte Miguens an. **Silvia Rojas Castro** vom ECCHR zeigte die fatalen Folgen auf, die die Ausbringung des Pestizids für die Artenvielfalt hat, nicht zuletzt deshalb, weil sich die Soja-Monokulturen immer weiter in die Regenwälder reinfressen. Für Bolivien konnte Irene Mamani Velazco von der Fun-

datation Tierra sogar genaue Zahlen liefern. „In den letzten zehn Jahren hat Bolivien mehr als zehn Millionen Hektar verloren“, hielt sie fest. Als Hauptleidtragende nannte Velazco die indigenen Gemeinschaften, deren Lebensgrundlagen den Abholzungen zum Opfer fallen. Bei den Landstreitigkeiten spielt Glyphosat dann auch wieder eine unrühmliche Rolle. Es kommt bei Vertreibungen als Chemie-Waffe zum Einsatz, wie **Sarah Schneider** von MISEREOR darlegte. Sie warf dem BAYER-Konzern vor, keine Präventiv-Maßnahmen zu ergreifen, um die Bevölkerungen in den Ländern des Globalen Südens vor den Risiken und Nebenwirkungen seiner Produkte zu schützen. „Statt diese Probleme anzugehen und seinen Einfluss auf den nachgelagerten Bereich der Wertschöpfungskette zu nutzen, verweist BAYER auf die nationalen Behörden“, konstatierte Schneider. Dass die Produkte sicher seien, sofern sie entsprechend der Vorschriften angewandt werden, darauf zöge sich der Global Player stets zurück, kritisierte sie, doch „sieht die Realität in der Praxis an vielen Orten ganz anders aus“. Das Unternehmen nimmt seine Sorgfaltspflichten nicht ernst, so ihr Resümee. **Christian Schliemann** vom ECCHR ergänzte die

Ausgabe 3 | 2024



PUBLIC SPACES

Was passiert im Raum zwischen den Häusern? Wie kann man ihn umgestalten und Nutzungskonflikte lösen? Im Schwerpunkt geht es um öffentliche Toiletten, Plätze und Mikroparks, um Hitzeschutz und Angsträume, um Nachtschwärmer und Menschen am Rand der Gesellschaft.

Weitere Themen

- Ländliche Räume im Blick der Europawahl: Es bleibt viel zu tun
- Unser Recht als Fraktion: Ausschluss von Mitgliedern
- Psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in Bremen: Hilfe im Tandem
- Radschnellwege – Was machen die Niederlande anders?
- Roma aus der Ukraine – Geflüchtete zweiter Klasse

Einzelpreis: 13 Euro plus Versandkosten 1,70 Euro
Abopreis (6 Ausgaben): 66 Euro

Alternative Kommunalpolitik (AKP) e.V.
Luisenstr. 40 | 33602 Bielefeld | akp@akp-redaktion.de

Mehr Infos



www.akp-redaktion.de

Mängelliste Sarah Schneiders später noch. Er vermisste bei der Geschäftspraxis des Leverkusener Multis in lateinamerikanischen Staaten Risiko-Analysen.

Aber nicht nur in Argentinien, Bolivien, Brasilien und Paraguay verletzt der Agro-Riese Standards. Ähnliches aus Peru vermeldete **Anna Kothe** vom . Sie zitierte zwei Berichte der dortigen Nichtregierungsorganisation EQUIDAD, wonach BAYER Beschäftigte daran hindert, einer Gewerkschaft beizutreten, sie unter prekären Bedingungen arbeiten lässt und insbesondere nicht genug für den Gesundheitsschutz tut. Darum sieht sich der Leverkusener Multi in dem Land mit einem Beschwerde-Verfahren wegen Verletzung der Menschenrechte konfrontiert. Dazu wollte Kothe nun Genaueres wissen. Zudem erkundigte sie sich nach den Maßnahmen, die der Konzern seither ergriffen hat, um die Arbeitssituation in Peru zu verbessern.

Auch **Tricia Euvrard** vom COLLECTIF VIETNAM DIOXINE beschäftigte sich mit einer Rechtsangelegenheit. Sie setzte die Klage der Agent-Orange-Geschädigten Tran To Nga gegen BAYER auf die Tagesordnung der Hauptversammlung. Der Global Player steht nämlich zurzeit in



Margret-Rose Pyka (BUND DER DUOGYNON-GESCHÄDIGTEN)

Frankreich vor Gericht, weil seine jetzige Tochter-Gesellschaft MONSANTO im Vietnam-Krieg zu den Hauptlieferanten des zur Chemie-Waffe umfunktionierten Herbizids gehörte. 80 Millionen Liter gingen Euvrard zufolge damals auf das Land nieder und verseuchten Wälder, Ackerflächen und Gewässer, was für eine epidemische Ausbreitung von Krankheiten sorgte. „Tran To Nga ist eines der vielen Opfer. Die erste Tochter starb im Alter von 17 Monaten an einem Herz-Defekt“, berich-

tete die Aktivistin. Dann appellierte sie an den Vorstand, sich nicht auf die Position zurückzuziehen, MONSANTO habe lediglich im Auftrag der US-Regierung gehandelt. „Es ist nie zu spät, auf der richtigen Seite der Geschichte zu stehen“, ermunterte Tricia Euvrard den Vorstand und fragte: „Sind Sie dazu bereit, die Verantwortung zu übernehmen für die Millionen von Opfern von Agent Orange und sie dafür zu entschädigen?“

graswurzel revolution

Seit 1972 erscheint die **graswurzelrevolution** und kommentiert die aktuelle Politik und Kultur aus gewaltfrei-anarchistischer Sicht.

Sie berichtet über:

- Direkte gewaltfreie Aktionen
- Gewaltfreie und anarchistische Bewegungen in anderen Ländern
- Theoretiker*innen des Anarchismus und der Gewaltfreiheit
- Befreiung im Alltag

Jahresabo / Geschenkabo: 45 € (10 Ausgaben)

Schnupperabo: 9 € (12 € Ausland, 3 Ausg., bitte Vorkasse)

Einzelexemplar: 4,50 € (z. B. Bahnhofskiosk, Infoladen...)

www.graswurzel.net / abo@graswurzel.net

Abos verlängern sich automatisch. Sie können jederzeit gekündigt werden. Geschenkabos verlängern sich nicht automatisch. Ein Schnupperabo verlängert sich ohne Kündigung zum Jahresabo. Kündigung jederzeit möglich.

DIE GRASWURZEL BRAUCHT DRINGEND SPENDEN!

Spendenkonto:

www.graswurzel.net/gwr/spenden/



Schamlose Profite

Auf der Hauptversammlung des BAYER-Konzerns am 26. April 2024 präsentierte der Vorstand die Zahlen für 2023. Einmal mehr wurde die goldene Seite der BAYER-Bilanz deutlich, die das Unternehmen mit Geschäften erwirtschaftete, die auf Kosten von Mensch, Tier und Umwelt gingen.

Jede der etwa 982 Millionen „nennwertlosen“ BAYER-Aktien repräsentiert einen Anteil am Grundkapital des Konzerns in Höhe von 2,56 Euro. Mit diesem Grundkapital (rund 2,5 Milliarden Euro) machte der Leverkusener Multi im Geschäftsjahr 2023 einen Umsatz von 47,6 Mrd. Euro. Dabei erzielte er ein „Ergebnis vor Sondereinflüssen“ in Höhe von 11,7 Mrd. Euro. Das entspricht einer Marge auf den Umsatz von 27 Prozent und ergibt pro Aktie einen Gewinn von ca. 13 Euro. Die Verzinsung – ausgehend vom Basiswert 2,56 Euro – beträgt also über 500 Prozent.

Und auf die Belegschaft umgelegt, heißt das: Die rund 100.000 ArbeiterInnen und Angestellten erwirtschaften pro Kopf ca. 500.000 Euro Umsatz und ca. 117.000 Euro Gewinn (Ergebnis vor Sondereinflüssen).



BAYER-Boss Bill Anderson

BAYERs Medizinschrank

Aber nicht nur BAYERs Agro-Sparte weist ein langes Sünden-Register auf, das Pharma-Segment steht dem kaum nach. So widmeten sich an dem Freitag gleich mehrere RednerInnen dem Fall „DUOGYNON“. Dieses Medizin-Produkt der heute zum Leverkusener Multi gehörenden Firma SCHERING hat ab den 1950er Jahren zu tausenden Totgeburten geführt. Darüber hinaus kamen durch das Mittel, das als hormoneller Schwangerschaftstest sowie als Präparat zur Therapie ausbleibender Monatsblutungen Verwendung fand, bis zum Vermarktungsstopp Anfang der 1980er Jahre unzählige Kinder mit

schweren Fehlbildungen zur Welt. Geschädigte oder deren Eltern fordern den Pillen-Riesen bereits seit Jahren auf, dafür die Verantwortung zu übernehmen – und sie taten es auch auf der diesjährigen Hauptversammlung. „Finanziell können Sie nicht mehr zur Rechenschaft gezogen werden, das ethische Ehrgefühl jedoch sollte sie dazu bewegen, die Fakten offenzulegen“, appellierte etwa **Roswitha Lukas** vom NETZWERK DUOGYNON E. V. an den Vorstand und forderte ihn auf, das SCHERING-Archiv frei zugänglich zu machen. **Margret-Rose Pyka** vom BUNDE DER DUOGYNON-GESCHÄDIGTEN stellte unumwunden fest: Das Problem ist, dass

Sommerloch?

Nicht mit uns!

Mehr auf www.blaetter.de/sommer

3 Monate für
nur 15 Euro
+ Prämie



dieser Schwangerschaftstest perfiderweise das werdende Leben schädigt“. Und das mit einer Wahrscheinlichkeit von sage und schreibe 40 Prozent, wie Pyka ausführte. Deshalb sprach die Mutter einer durch DUOGYNON geschädigten Tochter im Zusammenhang mit dem Pharmazeutikum von einem „Mordanschlag auf die Schwangeren und auf die Embryonen“. Sie hat 2023 sogar zusammen mit zwei MitstreiterInnen ein Buch zum Thema veröffentlicht und darin noch einmal haarklein dargelegt, wie sich die in DUOGYNON eingesetzten synthetischen Sexualsteroiden an die DNA von Embryo und Mutter binden und zerstörerische Prozesse einleiten. „Ich bin jetzt bald 75 und werde bis ich 100 bin das weiterführen“, kündigte Margret-Rose Pyka zum Schluss ihres Beitrags kämpferisch an.

CBG-Geschäftsführer **Marius Stelzmann** führte die Kritik von Lukas und Pyka fort. Er warf dem Konzern vor, unrichtige Behauptungen über die Wirkungsweise des Medizin-Produkts aufzustellen. Stelzmann griff auch den Komplex „Agent Orange“ noch einmal auf und wiederholte seine bereits im letzten Jahr vorgetragene Forderung an die Unternehmensspitze, sich bei den Opfern der von BAYER mitge-

gründeten IG FARBEN zu entschuldigen. Welche globalen Auswüchse die einzig auf Gewinn-Maximierung abgestellte Geschäftspolitik hat, zeigte ihm allein schon der Nationalitäten-Mix auf, der Aufsichtsrat und Vorstand an dem Tag zur Rede stellte. „Die internationale Zusammensetzung der von uns mobilisierten SprecherInnen belegt, dass BAYER-Produkte weltweit Schäden an der menschlichen Gesundheit und der Umwelt anrichten“, konstatierte Stelzmann.

Alice Werner von den PARENTS VOR FUTURE Leverkusen legte der ManagerInnen-Riege einen ganzen Katalog von Fragen vor, der sich hauptsächlich auf das Treiben des Unternehmens im engeren Umkreis seines Stammsitzes beschränkte. So wollte Werner etwa wissen, wie viel Grundwasser das Unternehmen verbraucht, wie viel Abwasser es in den Rhein leitet und wie sein Plan B aussieht, wenn die Pegelstände infolge des Klimawandels noch mehr sinken und der Fluss seine Funktion als Wasserstraße nicht mehr erfüllen kann. Zudem sprach sie die Rolle des Konzerns bei der Leverkusener Verkehrsplanung an. Dabei kritisierte die Aktivistin besonders dessen Intervention bei der Landesregierung zur Verhinderung

einer Untertunnelung des Rheins als Alternative zu Brücken-Neubauten.

Spärliche Antworten

Die Antworten von Aufsichtsratschef Norbert Winkeljohann, Finanz-Vorstand Wolfgang Nickl, Pharma-Vorstand Stefan Oelrich und Cropscience-Vorstand Rodrigo Santos auf all die Fragen fielen spärlich aus. Der Vorstandsvorsitzende Bill Anderson konnte sich wegen fehlender Sprachkenntnisse sogar ganz bedeckt halten. Besonders einfach machte es sich Santos. Gegen die Risiken und Nebenwirkungen des Glyphosat/Gensoja-Kombipacks wusste er ein ganz einfaches Mittel. Anruf genügt, empfahl er Sarah Schneider: „Auf unseren Produkt-Verpackungen steht eine Telefonnummer, unter der potenzielle Schadensfälle gemeldet werden können.“ Entsprechenden Hinweisen würde BAYER konsequent nachgehen, so der Brasilianer. Auch Schneiders MitklägerInnen gegenüber zeigten sich der Manager und seine KollegInnen nicht auskunftsfreudiger. Sermonartig bekannten sie: „Die Verantwortung für unsere Produkte steht im Zentrum unseres Handelns“. Unerwünschte Effekte könnten einzig durch eine falsche Anwendung entstehen, weshalb das Unterneh-

 <p>ila Das Lateinamerika-Magazin</p> <h1>Arbeitskämpfe</h1> <p>Das Lateinamerika-Magazin 6,00 EUR</p>	<p>Weitere Themen:</p> <p>Brasilien Katastrophe ohne Aufklärung</p> <hr/> <p>Mexiko Scheinbaum und der zweite Stock</p> <hr/> <p>Kolumbien Zombieklausel für Konzerne</p> <hr/> <p>Argentinien Brillante Sounds gegen Milei</p>	<p>Seit mehr als 47 Jahren bringt die ila kritische Analysen zu Politik, Wirtschaft und Kultur Lateinamerikas.</p> <p>Um die ila langfristig am Leben zu halten, brauchen wir weiterhin eure Unterstützung!</p> <p>Abonniert uns, spendet & erzählt von uns!</p> <p>@ila_bonn</p>
---	--	--



Foto: BAYER

O-Ton BAYER



„Gesetzgebung und Politik prägen die Rahmenbedingungen unseres Geschäfts. Als global agierendes Unternehmen haben wir eine gesamtgesellschaftliche Verantwortung, aktiv unsere Fähigkeiten und Kenntnisse zur Verfügung zu stellen und politische Entscheidungsprozesse mit unseren Experten zu unterstützen.“

Mit diesen Worten rechtfertigte BAYERs Finanzvorstand Wolfgang Nickl auf der Hauptversammlung den Extrem-Lobbyismus des Konzerns.

SWB vor 40 Jahren

„Es sprachen ein Dipl.-Biologe, mehrere Dipl.-Chemiker, eine Professorin, mehrere Doktoren, eine SPD-Ratsvertreterin, eine Bundestagsabgeordnete der Grünen. Aber es sprachen auch Arbeiter und Angestellte. Sie trugen vor, wo sie die Probleme in der heilen BAYER-Welt sehen. Bei der Dünnsäure-Verklappung, bei politischer Bestechung, bei den Gefahren der Gen-Technologie, bei Pharma-Missbrauch, bei verantwortungslosem Pestizid-Einsatz, bei mangelnder Produktionssicherheit und bei der Vernichtung von Arbeitsplätzen. Die Liste der Probleme war lang. Den Verantwortlichen bei BAYER war sie zu lang. Bei dem Thema „BAYER und chemische Kampfstoffe“ riss dem Versammlungsleiter, Herrn Hansen, der von ihm zuvor noch großmütig beschworene Geduldssaden. Mit hektischer Schreierei „Hören Sie auf damit!“ drehte er dem Kritischen Aktionär Richard Starck unmittelbar nach den ersten Sätzen das Mikrofon einfach ab.



CBG-Geschäftsführer Marius Stelzmann kurz vor seiner Online-Rede

men umfangreiche Schulungsprogramme für LandwirtInnen durchführe, verlautete aus BAYERs Hauptversammlungsstudio. Ausführlicher gab das Management hingegen Auskunft über die in Peru vorliegende Beschwerde wegen Menschenrechtsverletzungen. Das Unternehmen hatte den in seinem Nachhaltigkeitsrat für Menschenrechte zuständigen Dante Pesce-Gonzalez dorthin gesandt, und der sah einigen Handlungsbedarf. Pesce-Gonzalez schlug den BAYER-Gremien nach seiner Rückkehr eine Reihe von Maßnahmen vor. Sie reichten Wolfgang Nickl zufolge von Schulungen zur Sicherung der Einhaltung von Menschenrechten über die Verbesserung der konzern-internen Beschwerdekanäle bis hin zu einer Einbindung von Menschenrechtsfragen in Managementsysteme und Geschäftsprozesse. Vor Ort hat sich bisher allerdings nur wenig geändert.

Zu seiner IG-FARBEN-Vergangenheit fand der Konzern klarere Worte als früher. „Wir bekennen uns zu unserer Schuld“, sagte Wolfgang Nickl. Die Forderung Stelzmans nach einer Entschädigung der Opfer wollte er jedoch nicht auf BAYER bezogen wissen. Nickl blieb im Allgemeinen und stellte alltagsphilosophische Betrachtungen darüber an, ob „in diesem historischen Kontext“ ein finanzieller Beitrag überhaupt je angemessen sein könnte: „Man kann geschehenes Unrecht nicht ungeschehen machen.“

Ansonsten aber zeigte die Aktiengesellschaft wenig Einsicht. In Sachen „Agent Orange“ etwa ignorierte sie den Appell

von Tricia Euvrard wies sie jede Verantwortung von sich: „Es war die US-Regierung, die die Spezifikationen für die Herstellung des Entlaubungsmittels Agent Orange entwickelte und vorgegeben hat, wann, wo und wie es eingesetzt wird. Agent Orange wurde ausschließlich für den militärischen Einsatz auf Anweisung der Regierung von MONSANTO hergestellt.“ Auf DUOGYNON ließ der Leverkusener Multi ebenfalls nichts kommen. „BAYER schließt DUOGYNON nach wie vor als Ursache für embryonale Missbildungen aus“, beschied Pharma-Chef Stefan Oelrich Marius Stelzmann, und Margret-Rose Pykas Buch konnte ihn auch nicht umstimmen. „Wir haben das von Ihnen erwähnte Dokument von unseren Experten prüfen lassen. Diese kamen zu dem Ergebnis, dass es keine neuen Erkenntnisse liefert“, so Oelrich.

Und nicht nur den OECD-BeschwerdeführerInnen stellte der Konzern Unbedenklichkeitserklärungen Glyphosat betreffend aus. Gottfried Arnold etwa erhielt ebenfalls eine, wozu Wolfgang Nickl weit ausholte. „Ich kann Ihnen versichern: Die Sicherheit unserer Produkte steht für uns immer an erster Stelle. In zahlreichen Sicherheits- und Zulassungsstudien zu unseren Produkten weisen wir dediziert und anhand von fundierten wissenschaftlichen Erkenntnissen nach, dass unsere Produkte bei sachgemäßem Gebrauch gemäß der Anwendungshinweise sicher sind“, hob er an, um dann zu dem Herbizid selbst zu kommen. „Wir haben großes Mitgefühl für alle Betroffenen und ihre Angehörigen,

die an Krankheiten leiden, darunter auch Krebserkrankungen. Die Wissenschaft kommt aber klar zu dem Schluss, dass ROUNDUP nicht krebserregend ist“, erklärte der Finanzvorstand.

Zu den Übergriffen seines Gentech-Mais' MON810 auf andere Pflanzen hielt sich der Leverkusener Multi indes bedeckt. Die betreffende Studie sei BAYER bekannt, beschied Rodrigo Santos Christoph Then, das Unternehmen kooperiere in der Angelegenheit mit den spanischen Behörden.

Einmal nur hatte ein Konzern-Verantwortlicher Klartext zu den Risiken und Nebenwirkungen der BAYER-Erzeugnisse gesprochen. Klaus Kunz, der Nachhaltigkeitsbeauftragter von BAYER CROPS SCIENCE, tat es in Bezug auf die Bienengefährlichkeit von Ackergiften. In einem Interview mit *Business Insider* führte er am 6. Februar 2023 aus: „Die Leute sagten, unsere Produkte seien schädlich für Bienen, und unsere Botschaft lautete: ‚Unsere Produkte sind sicher für die Umwelt, wenn sie gemäß den Anweisungen auf dem Etikett angewendet werden‘. Das ist eine sehr juristische Sprache. Aber wenn man sich das vor Augen führt – ein Insektizid ist sicher für die Umwelt – ist das ein Witz. Es ist dafür gemacht, nicht sicher für die Umwelt zu sein. Es ist so konzipiert, dass es die Umwelt beeinträchtigt, egal was auf dem Etikett steht.“

Jan Pehrke hatte das in seiner Rede zitiert, in der vagen Hoffnung, den Vorstand in der Folge von seinen Standardformeln abbringen zu können, aber dieser zeigte sich davon unberührt.

Politische Landschaftspflege

Zum Lobbyismus bekannte sich der Global Player unumwunden. So antwortete Wolfgang Nickl Alice Werner, BAYER wäre – „genauso wie alle anderen Anleger“

– mit der Autobahn GmbH im Gespräch über die Planungen zur Verbreiterung der Autobahnen A1 und A3. Diese seien jedoch noch nicht so weit gediehen, „um die Verträglichkeit unserer Anforderungen mit den Planungsvarianten im Detail prüfen zu können“. Im Übrigen brachte Nickl die Zufriedenheit des Unternehmens mit dem bisherigen Verlauf der Arbeiten zum Ausdruck: „Wir sind sehr froh darüber, dass die neue Rheinbrücke am 4. Februar eröffnet werden konnte.“ Verkehrswende ist mit ihm definitiv nicht zu machen.

Auch die gesetzgeberischen Aktivitäten des Konzerns in der Causa „Glyphosat“, die Jan Pehrke, Cornelia Mayer und Isabelle Georges angesprochen hatten, rechtfertigte der Vorstand. Weil viele Gerichte in den einzelnen US-Bundesstaaten den Agro-Riesen zu Entschädigungszahlungen verurteilten, mit dem Argument, er habe auf den Glyphosat-Packungen unzureichend vor den Gefahren gewarnt und damit gegen die Bundesgesetze verstoßen, will das Unternehmen die Wirksamkeit dieser Bestimmungen auf dem Rechtsweg aushebeln. Dazu hat er mit dem „Agricultural Labeling Uniformity Act“ ein neues Gesetz formulieren lassen, das er nun – mit Landwirtschaftsverbänden als Werbepartner – durch den Kongress und den Senat zu bringen gedenkt. Das habe im Jahr 2023 einen Großteil des Lobby-Etats gefressen, so Nickl in seiner Antwort an Jan Pehrke. „Sie erkundigten sich nach unseren Ausgaben für die politische Interessensvertretung im Zusammenhang mit der Glyphosat-Thematik in den USA. Ferner erkundigten Sie sich nach Unternehmensspenden von BAYER in diesem Zusammenhang“, fasst er das Anliegen des CBGlers zusammen und gab dann Auskunft: „Die Gesamtkosten für die politische Interessensvertretung auf

CBG bei der Arbeit



Bereits seit Langem kooperiert die Coordination gegen BAYER-Gefahren (CBG) mit der Schweizer Initiative MARCH AGAINST BAYER & SYNGENTA. Zunächst hatte diese am SYNGENTA-Stammsitz Basel Marches gegen MONSANTO und SYNGENTA organisiert und dann solche gegen BAYER und SYNGENTA. In diesem Jahr entschloss sich die Gruppe zu etwas anderem. Sie organisierte einen Kongress zu den Risiken und Nebenwirkungen des agro-industriellen Komplexes und ließ das Ganze mit einem Rave ausklingen. Die Vorträge deckten ein weites Spektrum ab. Die Themen reichten von Golden Rice und den Veränderungen bei SYNGENTA unter der Ägide des chinesischen Konzerns CHEMCHINA über die Geschäftspolitik der Multis in Ostafrika und Brasilien und ihren Einfluss auf die Welternährungsorganisation FAO bis hin zu den aktuellen Bauernprotesten. Jan Pehrke von der CBG steuerte einen Beitrag über BAYERS Lobby-Aktivitäten in Sachen „Glyphosat“ bei.



SoZ Sozialistische Zeitung

Monatlich mit 24 Seiten Berichten und Analysen zum alltäglichen kapitalistischen Irrsinn und den Perspektiven linker Opposition

In den letzten Ausgaben: Krieg: deutsche Waffen töten in Gaza · VW-Arbeiter in den USA erringen einen historischen Erfolg · Geschichte und politische Macht ökonomischer Ideen, eine Serie von Ingo Schmidt · Gesundheit: Lauterbachs Krankenhausreform · Palästina: die Campusbewegung in den USA und in Deutschland u. v. a.

Probeausgabe kostenlos

Probeabo (3 Ausgaben) gegen 10-Euro-Schein (keine automatische Verlängerung)

Bestellung an: SoZ · Regentenstr. 57-59 · 51063 Köln

Telefon (0221) 9 231196 · redaktion@soz-verlag.de · www.sozonline.de



HV-Echo I

Den Frust der Aktionäre dürften die Manager zu spüren bekommen: Die Liste mit Gegenanträgen von Kritikern wie der „Coordination gegen BAYER-Gefahren“ ist lang. Schlecht kommt etwa an, dass das Aktionärstreffen wieder nur virtuell stattfindet.

ftd.de

Neben den Protesten hat die „Coordination“ wiederum einen ganzen Packen Gegenanträge eingereicht. In einem fordert sie BAYERs Aktionärinnen und Aktionäre auf, das neue Vergütungssystem nicht zu billigen (...) Allein die Höhe des Gehalts von Vorstandchef Anderson von bis zu 8,5 Millionen Euro sei nicht in Ordnung, sondern „viel zu viel“. Vor allem im Verhältnis zu den sonstigen Gehältern unter dem BAYER-Kreuz „sprengen die Summen jedes vernünftige Maß“. Andersons Salär liege um den Faktor 69 über dem durchschnittlichen Jahreslohn eines Tarif-Beschäftigten bei BAYER (...) Einen großen Anteil an BAYERs Treibhausgas-Aufkommen habe Glyphosat, klagt die „Coordination“.

Für die Herstellung des Breitband-Unkrautvernichters müsse zum Beispiel der Ofen im Werk Soda Springs auf 1.500 Grad erhitzt werden, um aus Phosphorit das Glyphosat-Vorprodukt Phosphor herauszulösen. Als Folge seien alleine dort im Jahr 2022 mehr als 500.000 Tonnen CO₂ und über sieben Tonnen Methan ausgestoßen worden (...) Neben Glyphosat beschäftigt PCB BAYERs Juristen zunehmend (...) Die in zahllosen Häusern verbauten und seit Langem verbotenen Polychlorierten Biphenyle richteten noch heute immense Schäden an. Die „Coordination“ findet, dass BAYER in diesem Komplex sein durch Glyphosat ramponiertes Image aufbessern und sich aktiv an der Sanierung von Gebäuden beteiligen sollte.

Kölner Stadt-Anzeiger



Isabelle Georges (SECRETS TOXIQUES)

Bundesebene in den USA betrogen laut Transparenz-Register des US-Kongresses 7,35 Millionen US-Dollar im Geschäftsjahr 2023. Die Kosten für einzelne Kampagnen werden dabei nicht ausgewiesen, die erwähnte Thematik stellte im Geschäftsjahr 2023 allerdings eines der wesentlichen Schwerpunkte unserer politischen Interessensvertretung dar.“

Mit dieser Interessensvertretung hat der Konzern keinerlei Probleme. „Gesetzgebung und Politik prägen die Rahmenbe-

dingungen unseres Geschäfts. Als global agierendes Unternehmen haben wir eine gesamtgesellschaftliche Verantwortung, aktiv unsere Fähigkeiten und Kenntnisse zur Verfügung zu stellen und politische Entscheidungsprozesse mit unseren Experten zu unterstützen“, erklärte Wolfgang Nickl.

Klare Dominanz

Die Konzern-KritikerInnen der CBG hielten 18 der insgesamt 30 Reden und do-

KEINE DEMOKRATIE OHNE ZIVILGESELLSCHAFT!

DEMOKRATISCHES ENGAGEMENT BRAUCHT EIN MODERNES UND SICHERES GEMEINNÜTZIGKEITSRECHT!

Das Gemeinnützigkeitsrecht ist die gesetzliche Basis zivilgesellschaftlichen Engagements. Im Koalitionsvertrag wurde versprochen, dieses veraltete Recht zu modernisieren. Wer im Angesicht rechtsextremer Kräfte Demokratie stärken will, muss Engagement für Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte schützen – mit neuen gemeinnützigen Zwecken und gesetzlichen Klarstellungen zur Gemeinnützigkeit für tausende Vereine!

minierten die Hauptversammlung damit deutlich. Zudem stärkten ihnen zuweilen andere AktionärInnen den Rücken. Ulrich Giebel beispielsweise lehnte sich gegen die am Nachmittag exekutierte Redezeit-Begrenzung auf fünf Minuten auf. Er sah darin eine Ungleichbehandlung und stellte einen Antrag zur Geschäftsordnung, der allerdings nicht die erforderliche Mehrheit bekam. Darüber hinaus sprachen andere AnteilseignerInnen die Verluste der Artenvielfalt durch Pestizide, die exorbitante Vorstandsvergütung und weitere unschöne Dinge an.

Wer vielleicht gedacht hatte, wegen erstmals auch in englischer Sprache gestatteter Beiträge würden sich nun InvestorInnen aus aller Welt zuschalten, sah sich getäuscht. Aber BLACKROCK & Co. trugen sich eben nicht frühmorgens in digitale RednerInnen-Listen ein und warten dann den halben Tag geduldig, bis der Versammlungsleiter sie drannimmt. Bei ihnen spricht der Aufsichtsrat persönlich vor. Die Hausbesuche, die Anderson & Co. unternahmen, deckten 40 Prozent des Aktienkapitals ab, wie Norbert Winkeljohann stolz verkündete.

Die Mühen einer virtuellen Hauptversammlung taten sich nur VertreterInnen kleinerer

Gesellschaften wie Ingo Speich von DEKA INVESTMENT oder Janne Werning von UNION INVESTMENT an. Diese aber dürfen sich zum Ausgleich über den Rang von ExpertInnen freuen, den ihnen deutsche Leitmedien zubilligen. So fehlen die beiden in kaum einem Artikel über die Versammlungen von Dax-Unternehmen, während außer-ökonomische Konzern-Kritik kaum vorkommt. Entsprechend geduldig und ausführlich beantwortete der BAYER-Vorstand dann auch die Fragen von Speich & Co. Die ManagerInnen kündeten ihnen gegenüber von einem im Kern gesunden Unternehmen, das in vielen Bereichen schneller als der Markt wachse und alles tue, um die juristischen Nebenwirkungen von Glyphosat zu minimieren. Zudem priesen sie noch einmal das ominöse neue Organisationsmodell „Dynamic Shared Ownership“ an, hinter dem sich einzig schnöde Arbeitsplatzvernichtung verbirgt.

Und damit kam die Management-Riege am Ende durch. Die Abstimmungen zur Entlastung von Vorstand und Aufsichtsrat und zu den anderen Tagesordnungspunkten endeten zwar nicht mehr mit den Traumergebnissen von anno dazumal, aber damit rechnete in Leverkusen auch niemand mehr. ←

HV-Echo II

Menschenrechtsorganisationen aus Deutschland und Lateinamerika intervenierten am Freitagmorgen (26.) in die Hauptversammlung von BAYER, die virtuell stattfand. Ermöglicht wurde das von kritischen AktionärInnen des Chemie-Konzerns. Die Anwältin Daisy Ribeiro von der Organisation TERRA DE DIREITOS sprach über die Menschenrechtsverletzungen und Umweltauswirkungen durch die Verwendung von Glyphosat (...)

„Die Ergebnisse zeigen deutlich, dass die von uns dokumentierten Verstöße – wie die Zerstörung angrenzender ökologischer Kulturen oder gesundheitliche Auswirkungen durch Sprüh-Einsätze und Vergiftung des Wassers – nicht die Ausnahme, sondern leider die Regel sind“, sagte Ribeiro auf der Versammlung.

Brasil de Fato

UZ-Friedenstage

EISBRENNER

GINA PIETSCH

CALUM BAIRD

ERICH SCHAFFNER

FLOH DE COLOGNE
(Mumien - Der Film)

BETTY ROSSA und
weitere Künstler ...

Plus: *Friedensmanifestation
*SDAJ-Jugendbereich
*Diskussionen & Workshops
*Infostände | *Internationale
Gäste | *Essen & kühle Getränke
*Kinderfest und mehr...

23. - 25.
AUGUST
2024

Berlin

SAVE
THE
DATE!



friedenstage.dkp.de | unsere-zeit.de

BLACKROCK & Co. schreiten zur Wahl

Die Abstimmung

Wie in jedem Jahr stimmten auch in diesem die AktionärInnen der BAYER AG über die Entlastung von Vorstand, Aufsichtsrat sowie über weitere Tagesordnungspunkte ab. Die Ergebnisse zeigen: Der Druck auf das Management wächst.



Der BAYER-Konzern hat gemäß dem Geschäftsbericht für das Jahr 2023 638.000 AktionärInnen, die über 982 Mio. Aktien mit einem Kapitalwert von 27,64 Milliarden Euro (Stand 2.05.2024) halten, was 28,13 Euro je Aktie entspricht. Die zehn größten Anleger halten zusammen rund 16 Prozent aller vorhandenen Aktien.

Abstimmungen auf Hauptversammlungen der Konzerne werden bestimmt von dem Block der ca. ein Prozent GroßaktionärInnen (Ultrareiche, Investmentfonds, Banken etc.). Sie besitzen bis zu 90 und mehr Prozent aller anwesenden Aktien und haben für jede von ihnen eine Stimme.

Vor diesem Hintergrund sollten die Abstimmungsergebnisse der diesjährigen Hauptversammlung betrachtet werden: Die Kritischen AktionärInnen der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) stimmen bei allen Tagesordnungspunkten mit NEIN und forderten die übrigen Aktien-HalterInnen auf, es ihnen gleichzutun. Jede Rede enthielt diesen Passus. Diesem Aufruf schloss sich eine beträchtliche Zahl der AktionärInnen an. Das *Stichwort BAYER* beschränkt sich im Folgenden auf die Nein-Stimmen und Enthaltungen bei ca. 430 Mio. bis 552 Mio.

Gewinnverwendung

Die CBG würde in ihren Gegenanträgen am liebsten dafür plädieren, die Gewinnausschüttung auf NULL Euro zu senken. Da dies gesetzlich nicht möglich ist, fordert sie immer, nur die Mindestsumme von zehn Cent pro Aktie auszuschütten und die Gewinne stattdessen für BAYER-Geschädigte, die Behebung von Umweltschäden, Wiedergutmachung für Verbrechen und Mord des von BAYER mitgegründeten Mörder-Konzerns I.G. FARBEN während des Hitlerfaschismus sowie

für sozial gerechte Löhne zu verwenden. Dieses Jahr erfüllte BAYER den ersten Teil der Forderungen. Der Konzern kündigte bereits im Vorfeld der Hauptversammlung an, nur 11 Cent auszahlen zu wollen. Allerdings nicht, weil er endlich ein Einsehen hatte. Stattdessen trieb ihn die hohe Verschuldung dazu. Darum sparte sich die Coordination dieses Mal den Gegenantrag zu dem entsprechenden Tagesordnungspunkt.

Nein-Stimmen:	3,9 Mio.	0,70%
Enthaltungen:	1,0 Mio.	0,18%
Summe:	4,9 Mio.	0,88%

(Zahlen jeweils gerundet)

Damit liegt der Anteil der NEIN-Stimmen und Enthaltungen immerhin 0,26 % über dem des letzten Jahres, in absoluten Zahlen eine Million mehr.

Entlastung: Vorstand

Die CBG hat vorgeschlagen, die Mitglieder des Vorstands nicht zu entlasten, weil sie für Verbrechen an Mensch und Umwelt, Profitgier und Ausbeutung verantwortlich sind. Da zunächst der Vorschlag des Vorstands auf Entlastung beraten wurde, forderte die CBG alle AktionärInnen auf, mit NEIN zu stimmen.

Nein-Stimmen:	43,1 Mio.	7,8 %
Enthaltungen:	34,1 Mio.	6,1 %
Summe:	77,2 Mio.	13,9 %

Damit lag der Anteil der Nein-Stimmen und Enthaltungen deutlich über dem des letzten Jahres, wo er 4,9 % betrug. Und die Zeiten mit Ergebnissen von 99,9 Prozent Ja-Stimmen sind eh lange vorbei. 2029 verweigerten die AktionärInnen dem Vorstand sogar die Entlastung.

Entlastung: Aufsichtsrat

Die CBG hat vorgeschlagen, die Mitglieder des Aufsichtsrates nicht zu entlasten, weil sie verantwortlich sind für Verbrechen an Mensch und Umwelt, für Profitgier und Ausbeutung. Da zunächst der Vorschlag des Vorstands auf Entlastung beraten wurde, forderte die CBG alle AktionärInnen auf, mit NEIN zu stimmen.

Nein-Stimmen:	31,71 Mio.	5,7%
Enthaltungen:	34,05 Mio.	6,15%
Summe:	65,76 Mio.	11,85%

Damit liegt der Anteil der Nein-Stimmen und Enthaltungen am Gesamtstimmanteil ebenfalls höher als im Jahr 2023, wo er sich auf 9,6 % belief.

Aufsichtsratswahlen

Der Aufsichtsrat kontrolliert und berät den Vorstand und wird für diese Aufgabe in großem Umfang entlohnt. Die Wahl verlief jedoch alles andere als glatt. Die meisten Gegenstimmen erhielt der seit 2020 im Aufsichtsrat sitzende Horst Baier, die wenigsten die neu bis 2028 in den Aufsichtsrat gewählte US-Amerikanerin Lori Schechter, obwohl sie die meisten verdient hätte. Sie empfahl sich für den Posten nämlich durch ihre Arbeit beim Pharma-Unternehmen McKesson, für das sie erfolgreich Schadensbegrenzung in der Opioid-Krise betrieben hatte. Gleiches soll sie nun für den Leverkusener Multi in Sachen „Glyphosat“ tun. Der aktivistische BAYER-Aktionär Jeffrey Ubben hatte bereits 2023 Anspruch auf einen Aufsichtsratsposten erhoben. In diesem Jahr musste der Konzern sich fügen. Unter anderem tat sich Ubben bislang mit dem Vorschlag hervor, sich den hohen Zahlungen an Glyphosat-Geschädigte

durch das Anmelden einer Teil-Insolvenz zu entziehen, wie sie das Firmenrecht im Bundesstaat Texas erlaubt. Als „Texas Two-Step“ firmiert das in Unternehmenskreisen.

Horst Baier:

Nein:	45,29 Mio.	8,17 %
Enthaltungen:	1,39 Mio.	0,25 %
Summe:	46,68 Mio.	8,42 %

Ertharin Cousin:

Nein:	19,91 Mio.	3,66 %
Enthaltungen:	2,63 Mio.	0,47 %
Summe:	22,54 Mio.	4,13 %

Lori Schechter:

Nein:	2,97 Mio.	0,53 %
Enthaltungen:	2,63 Mio.	0,47 %
Summe:	5,60 Mio.	1 %

Dr. Nancy Cole:

Nein:	4,10 Mio.	0,74 %
Enthaltungen:	2,60 Mio.	0,47 %
Summe:	6,70 Mio.	1,21 %

Jeffrey Ubben:

Nein:	9,21 Mio.	1,66 %
Enthaltungen:	2,65 Mio.	0,48 %
Summe:	11,86 Mio.	2,14 %

Vergütungssystem

Viele Gegenstimmen kassierte BAYER beim Vorschlag zur maßlosen Vergütung der Vorstände.

Nein:	33,01 Mio.	5,97 %
Enthaltungen:	66,90 Mio.	12,1 %
Summe:	99,91 Mio.	18,07 %

Vergütungsbericht

Die meisten Gegenstimmen allerdings kassierte der Konzern bei der Abstimmung über den Vergütungsbericht, der den Anspruch erhebt, die Vergütung der FirmenlenkerInnen transparent zu machen.

Nein:	124,37 Mio.	22,49 %
Enthaltungen:	66,79 Mio.	12,08 %
Summe:	191,16 Mio.	34,57 %

Neuordnung Agro-Sparte

BAYER stellte eine Neuordnung des Status' der Agro-Sparte innerhalb des Unter-

nehmens zur Abstimmung, um Steuern zu sparen, wie Finanzvorstand Wolfgang Nickl in seiner Rede erläuterte: „Der Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag ermöglicht neben erheblichen administrativen und rechtlichen Vereinfachungen eine steueroptimale Berücksichtigung der Gewinne und Verluste der BCS AG im Rahmen der körperschaft- und gewerbsteuerlichen Organschaft. Es kann eine zusammengefasste Besteuerung der BAYER AG und der BCS AG erfolgen, die einen steuerlichen Gewinn- bzw. Verlustausgleich ermöglicht. Dadurch fällt nur bei der BAYER AG Körperschaftssteuer und Gewerbesteuer an.“ Das kam bei den AktionärInnen natürlich gut an.

Nein:	0,88 Mio.	0,16 %
Enthaltungen:	1,3 Mio.	0,23 %
Summe:	2,18 Mio.	0,39 %

Ergebnisse

Wenn bei BAYER abgestimmt wird, dann nach BAYER-eigenen Regeln. Ergeben in wirklich demokratischen Abstimmungen die Nein-Stimmen, die Ja-Stimmen und die Enthaltungen eine Summe von 100 Prozent aller abgegebenen und gültigen Stimmen, so werden bei BAYER nur die Ja- und die Nein-Stimmen gezählt, die Enthaltungen fallen komplett unter den Tisch. Bis zum Jahr 2020 wurden von BAYER trotz aller Proteste sogar die Enthaltungen der Öffentlichkeit komplett vorenthalten. Erst zur Hauptversammlung 2020 konnte durch den Druck der KritikerInnen durchgesetzt werden, dass Enthaltungen in den Abstimmungsergebnissen offengelegt werden.

Die BAYER-spezialle 100-Prozent-Rechnung wurde aber dennoch nicht geändert. Die Enthaltungen werden zwar in absoluten Zahlen ausgewiesen, finden in den Prozentuierungen aber weiterhin keinen Niederschlag. In altgewohnter Manier werden nur die Ja- und die Nein-Stimmen in die Prozent-Rechnung einbezogen, weshalb die CBG immer eine eigene Rechnung aufmacht.

So frisierte der Konzern die Abstimmungsergebnisse auch 2024 wieder zu seinen Gunsten. Wobei dann noch zu berücksichtigen ist, dass immerhin mehr als 40 Prozent der Aktien bei den Abstimmungen gefehlt haben. Tatsächlich entlastet haben also immer nur ca. 56 Prozent aller Aktien. ←

HV-Echo III

Die CBG hatte bereits die virtuelle Hauptversammlung der Aktionäre Ende April genutzt, um auf Risiken von Bayer-Arzneien, Lieferketten und die Vermarktung von EU-weit verbotenen Pestiziden in Ländern des globalen Südens hinzuweisen. „In Wort und Tat, real und virtuell wurden Vorstand und Aufsichtsrat mit Konzern-Kritik konfrontiert, um den Managern die Nebenwirkungen ihrer gnadenlosen Profitjagd aufzuzeigen“, sagt CBG-Geschäftsführer Marius Stelzmann.

Neues Deutschland

Anlässlich der Hauptversammlung des BAYER-Konzerns haben Umweltaktivisten vor der Zentrale in Leverkusen demonstriert. Sie forderten eine gentechnik-freie Landwirtschaft und den Verzicht auf Glyphosat.

Aktuelle Stunde, WDR

Es ist das erste Mal, dass internationale NGOs eine Beschwerde bei der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) gegen den BAYER-Konzern einlegen. Der Vorwurf: Das Unternehmen komme seiner selbstaufgelegten Verantwortung für die Nutzung von Glyphosat und gen-verändertem Saatgut für Soja-Bohnen nicht nach (...). Als Anlass nutzen die Beschwerdesteller die BAYER-Hauptversammlung, die am Freitag stattfindet.

Frankfurter Rundschau

Es waren nicht viele Menschen, die sich am Morgen vor BAYERS Konzern-Zentrale in Leverkusen eingefunden hatten. Aber auch dieses Jahr wurde die Hauptversammlung des Agrarchemie- und Pharma-Unternehmens von rund 20 Demonstrierenden begleitet. Darunter Aktivisten der „Coordination gegen BAYER-Gefahren“ und der „Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft“. Sie forderten eine gentechnik-freie Landwirtschaft und ein Verbot von Glyphosat.

WDR-online

SCHWEIGEN?

NEIN DANKE.



UNSER WIDERSTAND BRAUCHT GELD.

JETZT SPENDEN! JETZT FÖRDERMITGLIED WERDEN.

IBAN: DE94 8309 4495 0003 1999 91 • WWW.CBGNETWORK.ORG/SPENDE

Die CBG erhält wegen ihrer konsequent konzernkritischen Arbeit keinerlei Förderung. Trotz ehrenamtlicher Arbeit kostet Widerstand Geld. Wir organisieren Widerstand gegen Konzernmacht. Am Beispiel des BAYER-Konzerns. Weltweit. Rund um die Uhr. Solidarprinzip statt Profitprinzip.

www.CBGnetwork.org

info@cbgnetwork.org

